

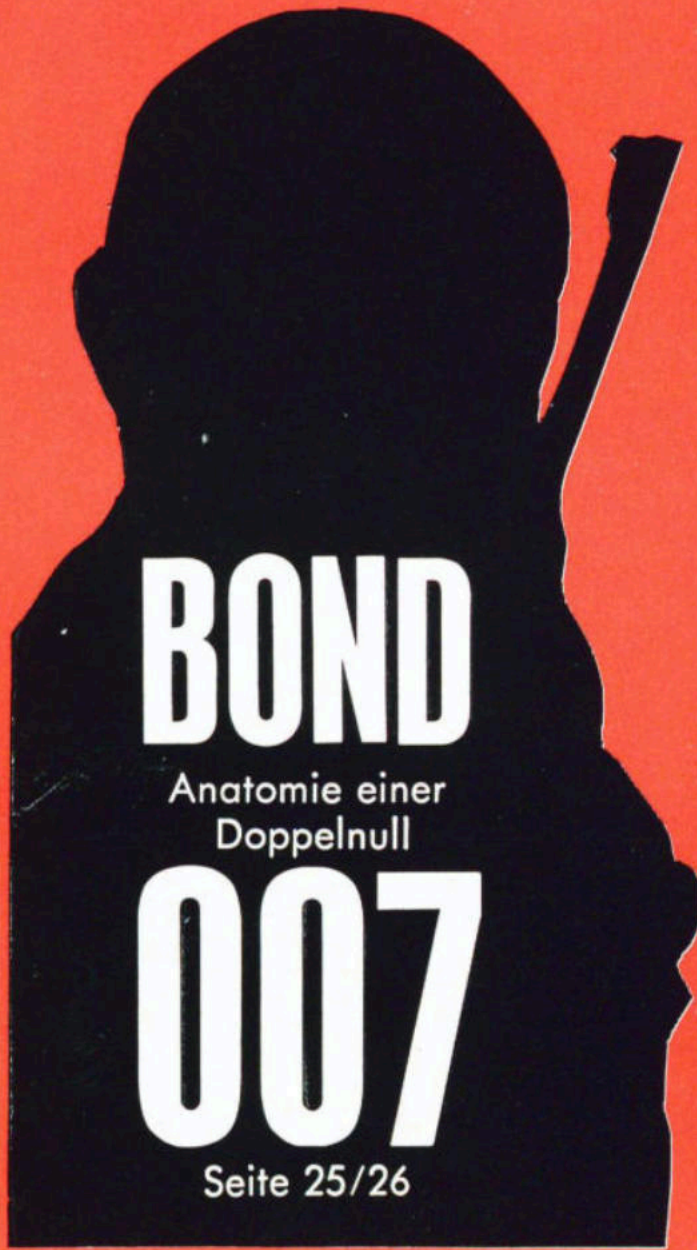
elan



...smuggelten sie in
...unsere Chance. Der and
...de eher als ich. Sein Schuß
...scheibe schlagen, so daß ich den
...Rockefeller Centre sind die Scheibe
...ck, damit der Lärm nicht in die
...ausgezeichnet. Wie ich erwartet hatte
...die Scheibe und ging dann weiß der
...doch unmittelbar nach ihm abgedrückt
...das Loch. Der Schuß traf den Japaner, d
...plitternden Scheibe umdrehte, in der
...einige Züge.
...eine ziemlich einwandfreie Angel
...os und sauber, dreihundert Meter
...ohne persönlichen Kontakt. Der zweit
...war weniger nett. Ich mußte einen Norv
...s Doppelagent zugleich für die Deutschen
...zu verdanken, daß zwei von unseren Leute
...n — meiner Ansicht nach wurden sie abges
...iedenen Gründen mußte der Fall völlig lautlos e
...ch suchte mir dazu das Schlafzimmer in seiner
...n Messer aus. Allerdings starb er nicht so schne
...diese beiden Aufträge bekam ich zur Belohnung
...er mit zwei Nullen. Ich kam mir sehr klug vor
...hielt mich für einen guten und zähen Kerl. Eine N
...wei Nullen bedeutet bei uns im Service, daß man be
...g eines Auftrages kaltblütig auch einen Mensch
...muß.« Er sah Mathis wieder an. »Das ist alle
...ut. Der Held bringt zwei Bösewichter um. Als
...e den Bösewicht Bond umbringen will und der Bö
...genau weiß, daß er gar kein Bösewicht ist, kam die
...der Medaille zum Vorschein. Helden und Bösewic



der Tür eines Zi
...egung des Zeigefingers fo
...u kommen.
...hwand in einem Korridor, der
...es führte. In diesem Augenblick
...ssen.
...n wilden Tritt nach rückwärts, der
...traf, so daß dieser vor Schmerz d
...Bond sich herum und rannte hinter Ve
...ur mit seinen Füßen wehren, un
...stimmten Plan — bis auf den, die be
...st kampfunfähig zu machen und
...dem Mädchen zu wechseln. Etw
...glich. Er wollte ihr nur sagen, nicht we
...Korse sich auf den Lärm hin umdre
...ei ihm, und sein rechter Fuß versuchte
...des Untersetzten zu treffen.
...ein Blitz ließ der Korse sich rückwärts geger
...d fallen, und als Bonds Fuß in Höhe seiner
...blitzschnell, aber doch genau berechnet, mit a
...4, packte das Fußgelenk und drehte den Fuß zu
...em Gleichgewicht gebracht, verlor auch Bonds linke.
...t. Noch in der Luft drehte sich sein ganzer Körper,
...ganzen Schwung seines Trittes krachte er seitw
...Fußboden.
...Augenblick lang blieb er so liegen und konnte
...ommen. Dann aber war der Dünne da, packte ih
...und schleuderte ihn gegen die Wand. In der Hand
...Pistole. Fragend blickte er Bond in die Augen.
...sich in aller Ruhe zu ihm hinunter und hieb den
...sheit gegen Bonds Schienbeine. Bond grunzte au
...ommen.



...sind tot, be
...ch ein Dieb und Ver
...ekommen, um Sie zu beseitig
...eit nur dazu reicht, Sie zu er
...esen wäre, sollten Sie einen sehr s
...den Ärger, den Sie verursachten, is
...och
...«
...emde Stimme schwieg. Es war still
...lein von Le Chiffres rasselndem Aten
...fing irgendwo ein Vogel an zu sir
...drangen die ersten Laute des Morg
...n waren kräftiger geworden, und d
...es Gesicht glitzerten.
...en Sie sich schuldig?«
...kämpfte gegen die Bewußtlosigkeit.
...und versuchte, den Kopf zu schütteln,
...rden, aber seine Nerven waren betäubt und
...al an die Muskeln mehr durch. Er konnte
...e blasse Gesicht vor sich anstarren und die
...Augen.
...n dünner Faden Speichel floß langsam aus dem
...d und hing vom Kinn herunter.
...«, sagte der Mund.
...gab einen leisen Knall, nicht lauter als eine Luftbl
...aus dem Loch einer Tube Zahnpasta herauszwing
...es nicht, und plötzlich hatte Le Chiffre noch ein A
...es Auge genau zwischen den beiden anderen, an d
...er die dicke Nase unter der Stirn hervorsprang, z
...nbrauen und ohne Wimpern.
...r einen Augenblick sahen die drei Augen über B
...und dann schein das Gesicht in sich zusammen
...beiden äußeren Augen verdrehten sich nach obe

Der große Betrug

Wenn die Bundeswehr will, kann unser Parlament auch blitzschnell arbeiten. Während das Jugendarbeitsschutzgesetz mehr als ein Jahrzehnt auf sich warten ließ, soll uns der Notstand sozusagen über Nacht beschert werden. Und nachtschwarz soll auch das Geheimnis sein, das vor der Verabschiedung über alle Einzelheiten gebreitet ist. Wir dürfen wissen, welche Kleidung Königin Elisabeth im Bett bevorzugt; das Schicksal der Demokratie hat uns nicht zu interessieren. Und unser eigenes schon garnicht.



Foto: Klaus Rose

elan ist immer dabei...



„elan immer dabei!“ bei Liebe, Sport und Jugendleben — in allen Lebenslagen. Wir suchen gute Aufnahmen zu diesem Thema. Macht alle mit! Die schönsten Fotos werden veröffentlicht und mit 10,— DM honoriert.

Foto: rose/elan

In der Manier einer Räuberbande, die einen neuen Anschlag plant, haben sich die Beteiligten strengste Geheimhaltung aller Einzelheiten gelobt. Hier wie dort hat die Geheimniskrämerei nur den einen Sinn, das Opfer zu überrumpeln und daran zu hindern, rechtzeitig geeignete Vorkehrungen zu treffen. In unserem Falle ist der Betroffene jedoch durch die übelsten Erfahrungen gewitzt. So ist es nicht verwunderlich, daß sich in allen Teilen unseres Landes und allen Kreisen unseres Volkes die Besten erheben, um ihrer Empörung in heftigen Protesten Luft zu machen. Selten hat es in der deutschen Geschichte eine solche Einmütigkeit von Professoren und Arbeitern, Wissenschaftlern und Studenten, Künstlern und Theologen gegeben, wenn es galt, der „Obrigkeit“ Einhalt zu gebieten. Wieder einmal haben die „staatstragenden“ Parteien das demokratische Bewußtsein der Öffentlichkeit unterschätzt. Mit den fadenscheinigsten Begründungen versuchen sie, das von militaristischem Geist und diktatorischem Machthunger geprägte Notstands-Machwerk zu verteidigen. Es ist geradezu skandalös, welcher Methoden sie sich dabei bedienen. Eines der bewährten Rezepte ist die Diffamierung. Da wird den (inzwischen 250) Professoren einfach

der politische Verstand abgesprochen. Es wird ihnen wahrheitswidrig unterstellt, sie hätten sich von „kommunistischen Drahtziehern“ die Feder führen lassen. Wen kümmert es, daß einige von ihnen international anerkannte Dozenten für politische Wissenschaften oder für Staatsrecht sind? Der Zweck heiligt die Mittel! Mit dem „gewöhnlichen Stimmvieh“ macht man es sich leichter. Es wird verhöhnt und veralbert. Eine Fernsehreporterin, die für ihre Zuschauer beim Innenministerium Näheres über die Auswirkungen der Gesetze wissen will, bekommt sinngemäß die Antwort: „Das werden sie erfahren, wenn die Gesetze in Kraft sind!“ Die „Opposition“ spielt munter mit, nachdem sie einige Milderungen „durchgefochten“ hat. Sie wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Verdacht ihres Partners, sie lasse sich von den Gewerkschaften beeinflussen. Als ob es eine Schande wäre, die Argumente der Arbeiterschaft und ihrer Repräsentanten zu berücksichtigen! Die Mißachtung der Interessen der Arbeitnehmer im Parlament erheischt Antworten. Eindeutige gewerkschaftliche Beschlüsse liegen vor: Jetzt heißt es handeln!

Karl Friedrich Hübsch

MUTTER COURAGE UND IHRE KINDER



Das Berliner Brecht-Ensemble, so hoffen wir, können wir bald in unseren Lichtspieltheatern sehen. Helene Weigel, Angelika Hurwicz, Ekkehard Schall, Ernst Busch – um nur die hierzulande bekanntesten zu nennen – spielen die Hauptrollen in dieser Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg von Bertold Brecht und Paul Dessau (Musik). Es ist ein Experiment der DDR-Filmgesellschaft DEFA, die hier die Original-Aufführung des Theaters am Schiffbauerdamm filmte. Es ist ein großartiges Stück, gespielt von namhaften Schauspielern, das uns nicht vorenthalten werden sollte.

Geschäftsfrau Anne Fierling, unter dem Namen Mutter Courage bekannt, zieht mit ihrem Planwagen durch Polen. Sohn Eilif, den Schweden dienend, trifft sie vor der Festung Wallhof wieder. Dort schließt sie Bekanntschaft mit einem Soldatenkoch (E. Busch). Drei Jahre später gerät Mutter Courage mit Teilen eines finnischen Regiments in Gefangenschaft. Der Krieg überzieht immer weitere Gebiete. Im Zeltlager vor Ingolstadt wohnt die Courage dem Begräbnis des gefallenen Tilly bei. Sie macht, zu Wohlstand gelangt, Inventur. Tochter Katterin (A. Hurwicz) wird

von Landsknechten für immer verunstaltet. Mutter Courage verurteilt den Krieg. Auf der Höhe ihrer geschäftlichen Laufbahn, 1632, aber ändert sie ihre Meinung: Der Krieg ist ein guter Brotgeber. Friede droht Mutter Courages Geschäft zu ruinieren. Den ganzen Winter 1636 ziehen Mutter Courage und Kattrin über die vereisten Landstraßen Mitteldeutschlands. 1638 rettet die Kattrin die von kaiserlichen Truppen bedrohte Stadt Halle und stirbt. Die Courage zieht allein weiter, immer noch hoffend, wieder in den Handel zu kommen.





argus

Mr. Foster, der Abrüstungsbeauftragte Washingtons, zeigte sich dementierfreudig, als Polens UN-Botschafter Lewandowski auf den westdeutschen Atomminenplan zu sprechen kam. Zornig erklärte er, das sei wieder ein Beweis dafür, wie weit die Kommunisten mit ihren haltlosen Attacken auf die Bundesrepublik gingen.

Argus las dieses Dementi mit Staunen. Denn just einen Tag vorher hatte die vom französischen Armeeminister herausgegebene Pariser Zeitung „Forces Aériennes Françaises“ berichtet, daß der Vorschlag für die Anlegung eines solchen Minengürtels vom Bundeswehr-Generalinspekteur Trettnier am 16. Dezember 1964 der NATO unterbreitet worden sei.

Argus wartet nun stündlich auf die Erklärung irgendeines amerikanischen oder deutschen Mr. Foster, daß der französische Armeeminister kommunistisch unterwandert oder insgeheim der KP Frankreichs beigegetreten sei.

Vielleicht, so meint Argus, wäre es trotzdem gut, Dementier- mit Demonstrierfreudigkeit zu beantworten.



Ein rechter Naivling ist Argus mitunter. Glaubte er doch, ein Minister sei von Amts wegen verantwortlich für das, was in seinem Namen geschieht. Aber als Bundesverteidiger von Hassel nach langen Schweigestunden zu den heftig angegriffenen Bundeswehr-Ballon-Aktionen ausdrücklich erklärte, er übernehme die Verantwortung dafür, sah Argus seinen Irrtum ein.

Nach von Hassels Worten sollen auch weiterhin primitive Flugblätter (Mein großer Sprung — bin gut im Westen gelandet) per Ballon in Richtung DDR gestartet werden. Von mysteriösen Kommandotrüppchen der Bundeswehr, die offenbar im Rahmen des „verdeckten Krieges“ Ernstfall-Erfahrungen erwerben sollen.

Und im Bundestag: Keine ernsthafte Opposition gegen eine Politik, die über Nacht südvietnamesische Zustände auf deutschem Boden provozieren kann.



SPD-Star-Fighter Günter Graß weiß Gereimtes (Glaubt dem Kalender, im September / beginnt der Herbst, das Stimmzählen / ich rat Euch, Es-Pe-De zu wählen) und auch Ungereimtes zum Lobe seiner Partei zu sagen.

Zum Letzteren darf Argus sicher die Graß-Erklärung zählen, er ziehe in den Wahlkampf, um eine abergläubische Jugend davon abzuhalten, diesmal DFU zu wählen. Woher, so fragt Argus, mag denn wohl der Aberglaube kommen, der besonders junge Leute veranlaßt, sich von der SPD ab- und der DFU zuzuwenden? Hat er seine Wurzeln nicht im Aberglauben der SPD-Spitze, daß man die CDU rechts überholen müsse? Kritiklosigkeit bis zur Selbstverleugnung, so findet Argus, bringt einen allemal politisch auf den Hund. Oder in die Hundsjahre. Womit Argus für heute beschließen möchte.

Hier scheiden
sich
die Geister:
8. Mai

Niederlage oder Befreiung?

Geschichte ist eine schwierige Wissenschaft. Bonn hat zwar an Bismarcks Geburtstag gedacht, den 8. Mai aber glatt vergessen. So blieb es hauptsächlich der Jugend überlassen, das Ende der Nazi-herrschaft und die Geburtsstunde der Demokratie zu würdigen.

Und das tat sie recht eindrucksvoll. Obwohl viele Prominente — sie scheinen sich noch immer mit dem Regime, das an diesem Tage den Todesstoß erhielt, zu identifizieren — sich eindeutig gegen solche Veranstaltungen ausgesprochen hatten. In allen bedeutenden Städten der Bundesrepublik kamen viele junge Menschen zusammen, um der Millionen von Opfern zu gedenken, um die Lehren des Grauens zu ziehen. Sie machten aber auch Bilanz, Bilanz der Versäumnisse und bewußten Unterlassungen, die dazu führten, daß die Chancen des Neubeginns heute fast völlig verpaßt sind.

Wir können aus Platzmangel nicht über alle Veranstaltungen berichten. Deshalb sei als Beispiel Frankfurt herausgegriffen. Hier hatten 14 Jugendverbände der verschiedensten Richtungen zu einer Veranstaltung aufgerufen, die von ca. 1000 Jugendlichen besucht wurde. Sprecher waren Professor Dr. Wolfgang Abendroth und Probst D. Dr. Heinrich Grüber. An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich unter Leitung von Prof. Fetscher, der Landtagsabgeordnete Olaf Radke, Manfred

Teschner von der Goethe-universität und Peter Miska von der Frankfurter Rundschau.

GRUNDGESETZ SCHÜTZEN

Professor Abendroth kritisierte besonders, daß man in der Bundesrepublik nicht alle am 2. Weltkrieg schuldigen bestraft, ja sogar eine gewisse Oberschicht in den Ämtern des Staates und der Justiz belassen hat. Er forderte den Schutz des Grundgesetzes mit allen verfügbaren Mitteln.

Probst Grüber wandte sich gegen die Notstandsgesetze, mit deren Hilfe es jedem Diktator möglich sei, auf „legalem“ Wege an die Macht zu kommen.

Ähnlich wie in Frankfurt liefen auch die anderen Veranstaltungen ab. Dabei sprachen neben namhaften Professoren, sowie Schriftstellern und Publizisten auch die Bundesjugendsekretäre Berthold Kiebusch (OTV) und Willi Baumann (IG Druck und Papier). Insgesamt waren diese Kundgebungen eine ernste Mahnung, alle Ansätze zu einer Wiederholung der verhängnisvollen Gewaltpolitik im Keime zu ersticken.

Peter Roth



Die Jugend veranstaltete zum 8. Mai zahlreiche eindrucksvolle Aktionen. In Frankfurt (Foto oben) luden 14 Jugend- und Studentenverbände zum Thema: „Demokratie in Deutschland — Neubeginn und Problematik“. Vor 1000 Jugendlichen sprachen Prof. Dr. Abendroth und Probst Grüber. Auf Einladung junger Gewerkschaftsfunktionäre sprach in Hannover (Foto unten) der Leiter der IG-Chemie-Schule, Dr. Geyer

fotos: elan



Im Rahmen der „Woche der jungen Generation“ führte die Evangelische Jugend in Hamburg ein Podiumsgespräch „20 Jahre danach — Miteinander in Europa“ durch. Vor 1700 Zuhörern diskutierten junge Politiker aus beiden Teilen Deutschlands, aus der CSSR und Polen, aus Dänemark und Frankreich. Da die Abgesandten des polnischen und tschechischen Jugendverbandes nicht einreisen durften, wurden sie von Journalisten vertreten (Bild unten).



Leserbriefe

KONSEQUENZEN ZIEHEN

Ich stelle mich ganz hinter den Appell der Professoren und hoffe, daß diese auch später noch zu ihren Ausführungen stehen. Gleichzeitig möchte ich aber auch die ablehnende Haltung der Gewerkschaften unterstützen. Meiner Ansicht nach müssen wir auf Gewerkschaftsseite eine Aufklärungsschrift für alle Mitglieder herausgeben. Für die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten müßte es eine Verpflichtung sein, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Andernfalls müßten wir hieraus die Konsequenzen ziehen.

Norbert Kipt, 67 Ludwigshafen, Frankfurter Straße 145
(Z. Vorsitzender des DGB-KJA Mannheim)

SPD — DANKBAR SEIN

Ich begrüße den Appell der 215 deutschen Professoren an den DGB, aus diesem Brief spricht eine große Sorge. Besonders erfreut bin ich als Gewerkschafter natürlich darüber, daß in diesem Brief so groß die Verantwortung der Gewerkschaften unterstrichen wird. Aber dieser Brief wird die Notstandsgesetzgebung nicht verhindern können. Die Gewerkschaften haben ihre Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung des öfteren mit Beschlüssen und Stellungnahmen bekräftigt. Es steht uns aber nicht zu, Beschlüsse, die im frei gewählten Parlament mit 2/3 Mehrheit gefaßt werden durch Aktionen wie Generalstreik zu verhindern. Diese Absichten werden aber auch von der Mehrheit der Gewerkschaften nicht gehegt. Wir als Gewerkschaften haben zur Notstandsgesetzgebung unsere Meinung kundgetan. Zu entscheiden hat aber allein die gewählte Volksvertretung. Diesen Beschlüssen haben wir uns zu beugen, so schwer es uns fällt. In diesem Zusammenhang haben wir der SPD zu danken, daß sie es geschafft hat, daß das Streik- und Koalitionsrecht nicht angekratzt wird.

Werner Vahlenkamp, 29 Oldenburg, Möwenweg 13

SAG NEIN!

Außerdem las ich den Appell und kam zur folgenden Auffassung. Mit unserer Meinungsäußerungsfreiheit ist es nicht weit her. Jeder der ernsthafte Kritik an unserer Regierung übt, wird als Kommunist abgestempelt — siehe Lüneburger politische Prozesse. Wenn man die Notstandsgesetze noch vor der Wahl verabschieden sollte, so wäre dies ein schändlicher Verrat unserer Wahl und unserer Demokratie. Man nimmt dem Wähler die Entscheidung vorweg. Hier gibt es nur eins „SAG NEIN!“

Hartwig Straub, 7111 Öhringen
Albert-Schweitzer-Straße 4

AKTIONEN

Ich bin in Passau Jugendleiter der IG Druck und Papier und nahm an Jugendleiterkonferenzen immer eine scharfe Haltung gegen Notstandsgesetze ein. Deshalb bekenne ich mich zu allen beschlossenen Aktionen der Gewerkschaften gegen die NS-Gesetze. Die Gewerkschaften müssen Aktionen gegen die NS-Gesetze durchführen, notfalls einen Generalstreik, denn die NS-Gesetze wirken sich am Ende nicht nur auf die politischen, sondern auch auf die sozialen Bereiche der Arbeiter aus.

Armin Kullmann, 8391 Passau-Hacklberg, Georgstraße 1

WIR SIND NICHT DUMM!

Es ist unverständlich, wie eine demokratische Regierung solche Gesetze einbringen kann, die ganz offensichtlich auf einen Angriffskrieg hinarbeiten. Dieses wird zwar von allen Beteiligten geleugnet, aber ich frage Sie, warum solche Gesetze, wenn sie nie benötigt werden sollen? Unsere Demokratie ist noch sehr jung und von vielen Gefahren umgeben. Doch diese sogenannten Notstandsgesetze, für die es schon einmal einen anderen Namen gab, nämlich Ermächtigungsgesetze, sind der bisher schwerste Anschlag auf die Demokratie. Erschreckend ist, daß selbst die Opposition nicht aufsteht und hier energisch ein Halt gebietet.

Christian Korsting, 58 Hagen, Tondernstraße 25, Bezirksjugendleiter der IG Druck und Papier

JETZT GEZIELTE AKTIONEN!

Es ist für mich als Gewerkschaftsmitglied ganz klar, daß wir hinter den Beschlüssen die gefaßt wurden, stehen. Nach wie vor lehnen wir die geplanten Notstandsgesetze ab. Jetzt müssen gezielte Aktionen vorgenommen werden, um der Bundesregierung zu zeigen, daß wir bereit sind, unsere Demokratie zu verteidigen. Wir sind als Gewerkschaftsjugend nicht bereit, uns durch verschleierte Maßnahmen vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen.

Wolfgang Hammer, 466 Gelsenkirchen-Buer, Howeg 4

„Deine Wohnung darfst Du nicht wechseln oder verlassen. Deinen Arbeitsplatz darfst Du nicht wechseln oder verlassen. Du kannst dienstverpflichtet werden, Du kannst verhaftet werden — ohne Begründung.“ — Diese Sätze standen auf Flugblättern, die kürzlich in Frankfurt verteilt und mit denen für eine Protestkundgebung gegen die Notstandsgesetze in der Paulskirche geworben wurde. — Nicht nur in Frankfurt/Main — es gibt

Überall Protest

Die Paulskirche in Frankfurt war an diesem Abend hoffnungslos überfüllt. Die knapp 1000 Menschen, die vor der Kirche standen, begehrten vergebens um Einlaß. „Für Demokratie — gegen Notstandsgesetze“ — hieß das Thema einer Kundgebung, die in der berühmten Frankfurter Kirche stattfand.

DIE GEWERKSCHAFT RIEF — UND ALLE KAMEN

Aufgerufen hatten dazu: Die Ortsverwaltungen der IG Metall, IG Chemie und OTV, die Gewerkschaftliche Studentenarbeitsge-

hehl daraus, wie sie zu den Gesetzentwürfen eines Ministers stehen, der sich bereits in der Spiegel-Affäre unmöglich gemacht hat. Rund 3000 zumeist junge Menschen nahmen an der anschließenden Demonstration (siehe Foto) durch die City teil. Sie bewiesen, daß sie bereit sind, für die Erhaltung des Grundgesetzes und für die Demokratie auf die Straße zu gehen.

EINE WELLE DES PROTESTES

In Gelsenkirchen demonstrierten anläßlich des SPD-Bezirksparteitages Jugendliche. In Herne



Foto: elan

meinschaft, die Deutsch-Israelische Studentengruppe, der SDS, der LSD, die Studentengruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der VK, die Solidaritätsjugend, die Naturfreundejugend, die Humanistische Union und deren Studentunion, die Gewerkschaftssekretäre Jochen Müller, Walter Lachenmeyer und Gerd Schudlich; die Professoren Baer, Cramer, Geyer, Haag, Kaplan, Suessmann und Denser.

Und alle, alle kamen. Die Referenten, der hessische Landtagsabgeordnete und 2. DGB-Landesvorsitzende Philipp Pleß, Professor Düker und Pfarrer Griebhammer, machten keinen

fand ein Fackelzug statt. In Essen protestierten hunderte.

In Stuttgart wurde auf Initiative von Gewerkschaftssekretären, der Falken, der Naturfreundejugend und einigen der 215 Professoren ein Aktionsausschuß gebildet. Täglich gibt es Sandwich-Aktionen — eine Kundgebung wird vorbereitet.

1500 Jugendliche demonstrierten auf dem 17. Bezirksjugendtreffen der IG Metall, Bezirk Köln, gegen Notstandsgesetze und für die Erhaltung des Grundgesetzes. 2000 Personen nahmen an der Abschlußkundgebung in Rheydt teil.

MACHTVOLLER PROTEST IN BONN

Gegenwärtig wird eine Großkundgebung in Bonn vorbereitet. Der Bund Deutsch-Israelischer Studentengruppen, die Humanistische Studentunion, der LSD, der SHB und der SDS führen am Sonntag, 30. Mai 1965 bereits um 11.00 Uhr einen Kongreß in der „Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität“ in Bonn durch. Als Referenten stellten sich bisher u. a. Dr. Walter Fabian, Rechtsanwalt H. Hannover, Prof. Dr. W. Maihofer, Prof. Dr. Helmut Ridder, Jürgen Seiffert und Fernsehjournalist Bernd Engelmann zur Verfügung. Um 18.30 Uhr findet im Innenhof der Universität eine Kundgebung statt, auf der ein Vorstandsmitglied der IG Metall sprechen soll.

WAS TUT DER DGB?

Während sich der DGB zunächst mit einem papiernen Protest an Bundestag und Abgeordnete begnügte, blies die IG Metall zu Aktionen. In allen Bereichen sollen Protestversammlungen und Demonstrationen vorbereitet und durchgeführt werden. Auch die IG Metall wandte sich an die Bundestagsabgeordneten.

Die IG Chemie protestierte in einem Fernschreiben an die Fraktionsvorstände der drei Bundestagsparteien gegen die Notstandsgesetze. Wie eine Bombe schlug auch ein Brief an Ludwig Rosenberg ein, der allein in Hessen von 250 Gewerkschaftssekretären unterzeichnet wurde.

„Wir, die unterzeichneten Gewerkschaftssekretäre, sind der Auffassung, daß es nunmehr in dieser Frage nicht länger Lippenbekenntnisse geben darf, sondern daß Aktionen folgen müssen“, heißt es in dem Brief.

JETZT MUSS GEHANDELT WERDEN!

Aber die Gewerkschaften stehen nicht allein. Das zeigte bereits der Brief der 215 Professoren. Doch auch die Studenten- und Friedensverbände stehen an ihrer Seite, um gemeinsam die Gefahr abzuwenden, die 1933 nicht zuletzt durch die Uneinigkeit der Arbeiterschaft nicht verhindert werden konnte.

Die Kampagne für Abrüstung appellierte dieser Tage: „Mitbürger! Verteidigt eure Rechte! Gewerkschaften! Schützt die Verfassung! SPD! Denk an die Wahl! Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik!“ Die Zeit der Diskussion und des papiernen Protestes ist vorbei, machtvoll Aktionen überall müssen folgen. R.J.P.

Klarer Fall: elan-Leser sind dabei, wenn gegen die Notstandsgesetze demonstriert wird.

kurz berichtet

TIMO KONIETZKA, der bekannte Dortmunder Nationalstürmer, wird in der kommenden Saison beim TSV München 1860 spielen. Der Ex-Schalke Libuda wird Borussia Dortmund verstärken.

IN EINER BEFRAGUNGSAKTION will der Baden-Württembergische DGB-Landesjugendausschuß einen genauen Überblick gewinnen, ob das Jugendarbeitsschutzgesetz eingehalten wird. Bis zu 50% der Jugendlichen sollen in Handelsbetrieben mehr als acht Stunden täglich arbeiten.

AM MEER möchten 80% der Jugendlichen ihren Urlaub verbringen. Zu diesem Ergebnis kam der Europäische Jugend-Reise-Club, der rund 2300 Personen im Durchschnittsalter von 22 Jahren befragte.

KOSTENLOS können die Schüler in Baden-Württemberg ab 1. Mai alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Lediglich



AM GRABMAL VON KARL MARX IN LONDON legte ein Vertreter der GSG an der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik einen Kranz mit der Aufschrift „In memoriam — Gewerkschaftliche Studentengruppe Hamburg“ nieder.

bei geringen Entfernungen müssen sie DM 3,00 zuschießen. Straßenbahnen, Bundesbahn, Bundespost und private Verkehrsunternehmen erhalten das Fahrgeld vom Land ersetzt. Wo bisher keine Verkehrsverbindungen bestanden, sollen Schulbusse eingesetzt werden.

DAS VERBOT der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ fordern 57 namhafte Professoren, Schriftsteller, Publizisten, Juristen und Theologen in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten. Das Münchener Landgericht hatte bereits im Januar 1965 in einem Urteil bestätigt, daß diese Zeitung „mit der Demokratie unvereinbar“ ist.

IN SONTHOFEN/ALLGÄU führt die SJD — Die Falken, Bezirk Ostwestfalen/Lippe, mit 160 französischen Bergarbeiterkindern und 300 Kindern aus Ostwestfalen ein Sommerlager durch. Auf dem Reiseprogramm der Falken stehen ferner zwei Fahrten nach Auschwitz (Polen) und Oradour (Frankreich) und anschließend eine Fahrt mit 50 Jugendleitern nach Lidice (CSSR).

DIE FDJ-DELEGATION, die am Forum der Evangelischen Jugend „Betritt: Unerledigtes“ in Hamburg teilnahm, hatte die Möglichkeit, zahlreiche Eindrücke zu sammeln. Am 28. April waren die DDR-Bürger Gäste der Freigeistigen Jugend; am 1. Mai nahmen sie an der DGB-Maikundgebung teil und am 3. Mai besichtigten sie die Phoenix-Gummiwerke in Harburg, wo sie Gespräche mit dem Betriebsrat und der Jugendvertretung führen konnten.

termine

4. 6. — 7. 6.: Pfingsttreffen der norddeutschen Gewerkschaftsjugend in Hannover.

Pfingsten: Arbeiterjugendkongreß in Magdeburg.

5. 6. — 7. 6.: Bundesjugendgruppentreffen der IG Bergbau und Energie in Bochum.

9. 6. — 10. 6.: Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Travemünde.

11. 6. — 13. 6.: 9. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands in Grünwald bei München.

21. 6.: Sommeranfang.

27. 6.: Rheinfahrt mit dem modernsten Dampfer „Berlin“ von Köln nach Remagen und zurück. In Remagen führt die Deutsche Friedensgesellschaft eine internationale Friedenskundgebung durch.

28. 7. — 7. 8.: IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft in Algier.

1. 9.: Veranstaltungen zum Antikriegstag.

19. 9.: Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag.

19./20. 11.: 6. Bundesjugendkonferenz des DGB in München.

Filme



JERRY LEWIS

Tölpel vom Dienst ist wieder einmal Jerry Lewis, der in diesem Streifen einen Krankenhäuser in einem piekleinen Sanatorium spielt. Seine eigenartigen Heilungsmethoden und gekönnnten Blödeleien sind wirklich zum „Schreien“. J. P. **Paramount**

FAIL SAFE

Der heiße Draht zwischen Moskau und Washington glüht. Ein amerikanisches Geschwader fliegt mit 2 Zwanzig-Megatonnen-Bomben die sowjetische Hauptstadt an. Technisches und menschliches Versagen waren die Ursachen dafür. Ist ein Krieg noch zu verhindern?

„Angriffsziel Moskau“ lautet der Filmtitel, dem das Buch „Fail Safe“ zugrunde liegt. Dieser Film wurde konstruiert, um der Menschheit zu zeigen, wie schnell aufgrund einiger Pannen ein Atomkrieg entstehen kann, welcher Gefahren das Welttrüben in sich birgt. Ein sehenswerter Streifen, in dem Henry Fonda den amerikanischen Präsidenten darstellt. P.S. **Columbia-Bavaria**

LIEBER JOHN

Jarl Kulle und Christina Schollin, die wir bereits aus dem köstlichen Streifen „Engel gibt's die?“ kennen, begegnen wir hier wieder. Es ist eine reizende Liebesgeschichte, die, mit einer guten Portion Sex geladen, angenehm, unterhaltend ist. —m— **atlas**

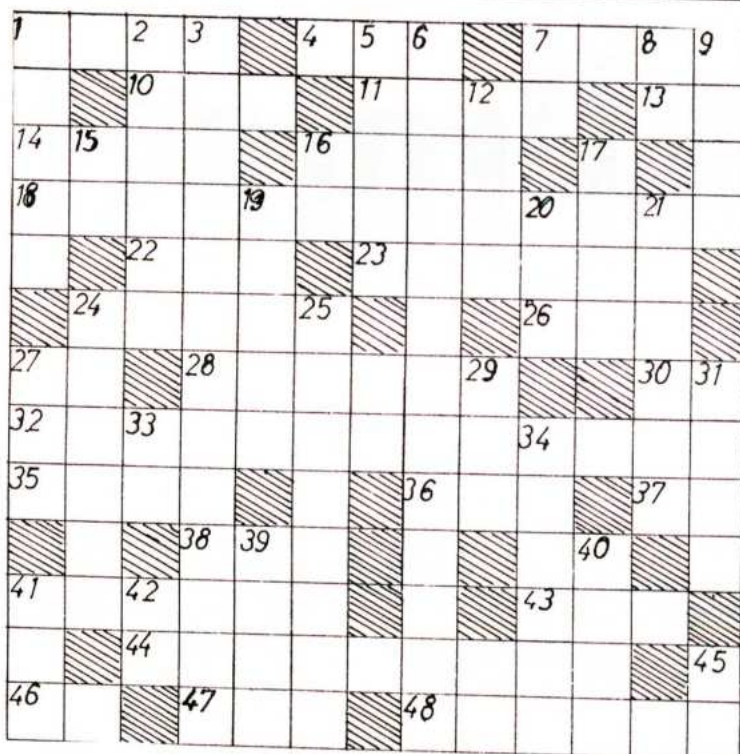


Rätsel

KREUZWORT RÄTSEL

Waagrecht: 1. großes Gefäß, 4. Körperteil, 7. schweres Gepäck, 10. Göttin der Morgenröte, 11. fruchtbare Insel in der Wüste, 13. Auer-ochse, 14. zusammengefügte Wörter, 16. Studentenorganisation an Universitäten, 18. Gedenktag im September, 22. franz.: Wasser, 23. Sinnlichkeit, 24. franz. Stadt, 26. engl. Biersorte, 27. Trumpfkarte beim Skat, 28. ärvotischer König, 30. franz. Artikel, 32. beliebter Freizeitartikel (Mehrzahl), 35. nordischer Gott, 36. Frauenname, 37. Fürwort, 38. Getränk, 41. deutscher Politiker, 43. unbestimmter Artikel, 44. Wortstreit, 46. chem. Zeichen für Radium, 47. selten, 48. Teil des Rundfunks.

Senkrecht: 1. Geflügel, 2. Hunderasse, 3. irreführende Bezeichnung für Tarifarbeit, 5. Frauenname (Koseform), 6. philosophische Anschauung, 7. franz. Artikel, 8. Abkürzung für Sowjetunion, 9. Gefäß, 12. Stärkemehl, 15. Verhältniswort, 16. Flächenmaß, 17. Bauweise, 19. kalt, 20. Abkürzung für Santa, 21. Rankenbewuchs, 24. Rauchgefäß, 25. Dünnemittel, 27. Baumteil, 29. Staatenbund (Abkürzung), 31. Frauenname, 33. Kurzname des nordvietnamesischen Präsidenten, 34. Schulgerät (Mehrzahl), 36. Frauenname, 40. lau, 41. Nachtkloak, 42. Flächenmaß, 45. Fürwort.



LÖSUNGEN AUS Nr. 5/65 KREUZWORTRÄTSEL

Waagrecht: 1. Tonsur, 5. Kritik, 9. Aaron, 11. Ida, 12. Mohn, 15. Akte, 17. Ale, 18. Tanne, 20. Tat, 21. Rind, 24. Turmalin, 27. Mahdi, 29. Eimer, 30. Tuberkel, 33. Olga, 35. Lid, 37. Posse, 38. Hai, 39. Ekel, 41. Bit, 42. Genf, 43. Kap, 44. Nabel, 45. Traube, 46. Barmen.

Senkrecht: 1. Tomate, 2. Nahe, 3. San, 4. Romantik, 6. Ida, 7. Takt, 8. Kretin, 10. Nandu, 13. Olm, 16. Tapir, 19. Emmi, 21. Rahel, 22. Gamma, 23. Nab, 25. Rellstab, 26. Lei, 27. Musik, 28. Drop, 30. Talent, 31. Eosin, 32. Taifun, 34. Pan, 36. Deka, 38. Helm, 40. lau, 42. Ger.

Platten



LACHEN

DON'T HA-HA, ein Titel, der seit langem auf den vordersten Plätzen der Hitparaden zu finden ist, strapaziert die Lachmuskeln. Hans Jürgen Wenger, der Interpret, macht seine Sache gut. Dennoch gefallen andere Aufnahmen besser. (Electrola 22 906, DM 4,75)

WANDA JACKSON

Vom schwarzen Joe (Blacky Joe) erzählt Wanda Jackson, die bekannte amerikanische Sängerin, auf ihrer ersten deutsch gesungenen Platte. „Santo Domingo“ lautet der anspruchsvolle Titel der A-Seite. (Capitol 22 800, DM 4,75)

SATCHMO

Louis Armstrong bläst mal wieder ins Horn. Sehr schick und gekonnt gemacht sind die beiden bekannten Instrumental-Aufnahmen „Moon River“ und „Hey, look me over“. (Kapp DV 14 296, DM 4,75)

JACOB-SISTERS

„Was hab' ich dir getan“ (Stop! In the name of love) fragen die Jacob-Sisters, die den Supremes-Hit wirklich nicht besser bringen. Angenehmer ist schon der Song auf der B-Seite „Tut mir leid Jonny Boy“. (CBS 1850, DM 4,75)

WESTERN

Auch denen, die es nicht wissen wollen, erklärt Western-Sänger Jim „Lord“ Harvest: „Heiraten tu' ich nie!“ Nicht schlecht gemacht und, im Gegensatz zur Rückseite, gar nicht schmalzig. Rückseite: „Was mir blieb, ist mein Banjo“. (Vogue 14 262, DM 4,75)

BILLY VAUGHN

Der Stern Billy Vaughn's ist längst verblaßt. Seine beiden neuesten Aufnahmen „Lucky hucky“ und „Rhine wine“ kommen keineswegs an die bekannten und beliebten Arrangements Vaughn's heran. (Vogue 14 308, DM 4,75)





TERMIN

Das Festival findet statt in der Zeit vom 28. Juli bis 7. August.

Abreise ab Frankfurt/M.: 26. Juli.
Rückkehr nach Frankfurt/M.: 9. August.

REISE-ROUTE

Die Teilnehmergruppe aus der Bundesrepublik legt die Strecke Frankfurt – Marseille in einem Sonderzug zurück.

Die Strecke Marseille – Algier – Marseille wird mit Charterflugzeugen absolviert.

PREIS

Der Teilnehmerpreis für die kombinierte Bahn- und Flugreise Frankfurt – Algier – Frankfurt incl. Unterbringung und Verpflegung beläuft sich auf DM 560. Im Preis eingeschlossen ist der Besuch verschiedener kultureller und sportlicher Veranstaltungen.

(Woher das Geld nehmen? Nehmen Sie ggf. einen Kleinkredit auf!)

REISEPAPIERE

Außer einem gültigen Reisepaß (rechtzeitig verlängern lassen!) ist lediglich eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes über eine erfolgreiche Pockenimpfung vorzuweisen.

Die Impfung soll sechs Wochen vor Reisebeginn ausgeführt sein und nicht länger als zwei Jahre zurückliegen.

GELDUMTAUSCH

In Algerien ist neuerdings der algerische Dinar gültig. Umtausch bei jeder Bank etc., jedoch ist der Umtausch direkt in Algier günstiger.

ANMELDUNG UND ANFRAGEN

sind zu richten an den
Arbeitskreis Festival 65,
605 Offenbach/M. 1, Postfach 250.

Hier bitte ausschneiden!

Ich möchte am 9. Festival in Algier teilnehmen und bitte mich dafür vormerken zu wollen.

Name

Vorname

Wohnort

Straße/Nr.

Alter

Beruf

Arbeitsstätte

Organisation

Leitende Tätigkeit

Besondere Interessengebiete

Nur noch 58 Tage bis zum Festival

„Soll ich mir einen Tropenhelm kaufen?“, fragte mich gestern ein Kumpel. Ich muß ein ziemlich blödes Gesicht gemacht haben, denn er ergänzte ungeduldig: „Na, für Algier natürlich, für's Festival!“ – Ganz eilige packen schon die Koffer, gute Planer horten Souvenirs und kleine Freundschaftsgeschenke. Denn: Nur noch 58 Tage bis zum Festival-Startschuß in Algier.

Um auf den Tropenhelm zurückzukommen: Ich glaube nicht, daß der „Arbeitskreis Festival 65“ spezielle Bekleidungsvorschriften erlassen wird. Bestenfalls wird er sich auf die Empfehlung beschränken, leichte und sportliche Kleidung einzupacken.

SHB UND BDIS SIND DABEI

Die Neuigkeiten aus dem „Arbeitskreis“ sind gewichtiger und aktueller als Kleidungsfragen.

Offiziell im „Arbeitskreis 65“ vertreten sind nun auch der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und der Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen (BDIS). Neben diesen beiden Verbänden werden in der Teilnehmergruppe der Bundesrepublik zu den Weltfestspielen in Algier folgende Vereinigungen vertreten sein: Deutsche Jungdemokraten (DJD); Deutsche Jugendgemeinschaft (DJG); Freigeistige Jugend Hamburg; Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD); Naturfreundejugend Deutschlands (als Beobachter); Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS); Unabhängige Sozialistische Jugend (USJ).

200 JUGENDLEITER VERSCHIEDENER VERBÄNDE

Inzwischen sind mehr als 200 Jugendleiter verschiedener – dem Bundesjugendring und dem Ring Politischer Jugend angehörender – Verbände, die als Person zum Festival fahren wollen, bestätigt worden.

Ihre Teilnahme am Festival haben bereits Vertretungen aus 117 Ländern zugesagt. „Angesichts dieser Entwicklung drückt der „Arbeitskreis Festival 65“ erneut sein Bedauern darüber aus, daß verschiedene Verbände bis-

her die Teilnahme am Festival ablehnten.“ So heißt es in einer Presse-Erklärung des „Arbeitskreises“, der sich „weiterhin um eine möglichst breite Beteiligung am Festival“ bemühen will.

GLEICHBERECHTIGUNG OHNE ABSTRICHE

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß sich „alle politischen und weltanschaulichen Richtungen gleichberechtigt“ am Festival beteiligen können. Wörtlich wird gesagt:

„Die Weltfestspiele demonstrieren den Wunsch der jungen Generation nach Verständigung und Frieden. Sie werden so organisiert sein, daß alle Teilnehmer ihre Meinung frei darstellen können. Es liegt an den einzelnen Verbänden selbst, ob sie die Möglichkeit zur gleichberechtigten Mitgestaltung der Weltfestspiele wahrnehmen.“

EIN BUNTES PROGRAMM UND QUERSCHÜSSE

Welche Möglichkeiten den teilnehmenden Verbänden in der Mitgestaltung gegeben sind, zeigt die Tatsache, daß Mitglieder des „Arbeitskreises“ bei wichtigen Foren, Colloquien und Seminaren einleitende Vorträge halten werden. Hier werden in der Praxis die unqualifizierten Einwände und Unterstellungen gewisser Antifestivalisten widerlegt, die eindeutig und nachweisbar von Bonn lanciert wurden. Bekannt wurde inzwischen auch, daß auf teilnahmewillige Verbände ein massiver Druck ausgeübt wurde, um sie zum „Aussteigen“ zu bewegen.

EIN „CLUB ALGER“ FÜR BUNDESREPUBLIKANER

Für die Dauer des Festivals will der „Arbeitskreis“ in Algier einen Club für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik einrichten, in dem Veranstaltungen und Begegnungen stattfinden sollen.

Erstmals gab es eine solche Einrichtung – den Saksan-Club – beim Festival in Helsinki, wo er sich bei in- und ausländischen Teilnehmern großer Beliebtheit erfreute.

Und mit einem herzlichen Auf Wiedersehen im „Club Algier“ verabschiedet sich für heute Ihr

BEN

NS: Ein Tropenhelm ist sicher besser als ein Tropenkoller.

Die elan-Festival-Fragestunde

FRAGE: Kann man sich jetzt noch für das Festival in Algier anmelden?

ANTWORT: Man kann, aber man sollte es schleunigst tun. Es genügt übrigens, den nebenstehenden Anmeldeschein auszufüllen und einzusenden.

FRAGE: Man braucht für Algier ja etwas Taschengeld. Sollte man schon hier umtauschen? Und in welche Währung?

ANTWORT: In Algerien gilt der algerische Dinar, den man bei unseren Banken oder Wechselstuben erhalten kann. Der Umtausch direkt in Algier soll jedoch günstiger sein.

FRAGE: Dürfen Geschenke (für Freundschaftstreffen und so) zollfrei nach Algerien eingeführt werden?

ANTWORT: Wenn's nicht gleich ein fabrikneuer VW ist, – Geschenke sind sowohl bei der Ein- als auch bei der Ausreise zollfrei.

FRAGE: Können auch Mitglieder von Jugendverbänden, die sich offiziell zur Nichtteilnahme oder Ablehnung entschlossen haben, im Rahmen der Teilnehmergruppe „Arbeitskreis Festival 65“ mit zum Festival?

ANTWORT: Sie können. Und sie fahren in großer Anzahl.

Siehe auch obenstehenden Bericht.

FRAGE: Kürzlich las ich im elan, daß es einen Film über das Festival in Helsinki gibt. Leider habe ich die Adresse nicht mehr, wo man ihn bekommen kann.

ANTWORT: Ein 16 mm schwarz-weiß-Film „Festival in Helsinki“ kann man beim Weltkreisverlag, 6 Frankfurt/M., Robert-Mayer-Straße 50, ausleihen. Filme über Algerien können direkt bei der Redaktion elan, 46 Dortmund, Kuckelke 20, kostenlos (nur Portorückstattung) ausgeliehen werden.

BIG



STICK

VON JOHN W. FORRESTER

„Fallschirmtruppen der Bundeswehr haben heute morgen die Außenbezirke von Rom besetzt, um die Sicherheit der deutschen Touristen zu gewährleisten, die von einer plötzlichen Regierungsumbildung überrascht wurden.“ – Was auf den ersten Blick absurd erscheint, wird zur harten Realität, wenn man den Schauplatz und die Uniformen austauscht.

Denn mit eben dieser Begründung befahl US-Präsident Johnson den Einsatz von 25 000 Ledernacken an der Santo-Domingo-Front. Erst der Protest einer entsetzten Weltöffentlichkeit zwang Mr. Präsident, Farbe zu bekennen: „Ich will kein zweites Kuba in Lateinamerika!“

31 JAHRE TRUJILLO-CLAN

Man muß die Vorgeschichte der „echten bewaffneten Intervention“ (Frankreichs UN-Botschafter

Seydoux) kennen, wenn man die Vorgänge in der Dominikanischen Republik richtig werten will. Schon einmal (1916–1924) hielten amerikanische Ledernacken die Zuckerinsel besetzt. Sie hinterließen dem Land für 31 Jahre das Terrorregime des Diktators Trujillo, der Zehntausende Dominikaner in KZ-Lagern und Zuchthäusern ermorden ließ und sich ebenso guter Beziehungen zu Washington rühmen konnte wie sein Kollege Diem in Saigon.

EIN PRÄSIDENT WIRD VERJAGT

Trujillo überstand zahllose Attentate. Das letzte im Jahre 1962 kostete ihn Leben und Macht. Erstmals nach 141 Jahren fanden freie Wahlen unter internationaler Kontrolle statt, aus denen der Schriftsteller Juan Bosch als Präsident hervorging. Bosch sah nur eine Chance, das rückständige Land zu modernisieren: Er entschloß sich zur sozialen statt zur militärischen Aufrüstung, und das machte ihn den führenden Militärs verhaßt. Nach einer Amtszeit von sieben Monaten jagten sie ihn aus dem Land.

Washington rührte keinen Finger, um den amerikafreundlichen Präsidenten wieder in seine verfassungsmäßigen Rechte einzusetzen. Johnson entschloß sich erst zur Politik des „Big Stick“ (Großer Knüppel), als die Bevölkerung und Teile der Armee die Militärjunta unter Wessin y Wessin entmachteten und die Rückkehr von Juan Bosch vorbereiteten. 25 000 Ledernacken kamen gerade noch zurecht, um die Kapitulation der Wessin-Truppe zu verhindern.

Zwei kriegsstarke Divisionen brachten Amerikas Antwort auf die Entscheidung des — ebenfalls freigewählten — Kongresses der Dominikanischen Republik, Francisco Caamano zum provisorischen Staatschef zu bestellen.

DER KUBANISCHE PAPPKAMERAD

Auf der Strecke blieb das in Washington gern zitierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es hat offenbar da zu enden, wo amerikanische Großmachtinteressen auf dem Spiel stehen. Daß hier brutaler Neokolonialismus praktiziert wurde, konnte auch nicht durch das von Johnson an die Wand gemalte Schreckgespenst „Kuba 2“ retuschiert werden.

Zu eindeutig ging es beim Aufstand von Santo Domingo um die Beseitigung einer gewaltsam an die Macht gekommenen Militärjunta und um die Wiedereinsetzung des verfassungsmäßigen Präsidenten. Und zu eindeutig war Johnsons Engagement für eine antidemokratische Militärdiktatur.

EIN UNTERTÄNIGES JA

Doch selbst wenn sich die Dominikaner für den kubanischen Weg entschieden hätten, was hätte die USA dazu berechnen können, sie daran zu hindern, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen?

Mit der gleichen Begründung wie Johnson könnte ansonsten die Bundesrepublik, gestützt auf das Alibi: „Kein Kuba vor unserer Haustür!“ Italien oder Frankreich besetzen, wenn dort Links- oder Volksfrontregierungen an die Macht kämen, die ihr nicht genehm wären.

Wo immer in diesen Tagen junge Menschen in der Bundesrepublik gegen die schmutzigen Kriege der USA in Santo Domingo und Saigon protestieren und demonstrieren, — sie demonstrieren dafür, daß Freiheit und Selbstbestimmungsrecht unteilbar sind. Sie zeigen aber auch, daß das untätige Ja und Amen Bonns zur amerikanischen Gewaltpolitik nicht ihre Billigung findet. Weil es dem deutschen Ansehen schadet, weil „Bündnistreue“ nicht zur Charakterlosigkeit werden darf.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Ostteil der Insel Haiti, mit 48 442 qkm etwa so groß wie Niedersachsen, ca. 3,4 Millionen Einwohner.

1492 von Kolumbus entdeckt; zuerst unter spanischer und französischer Kolonialverwaltung, danach von Haiti okkupiert (1822 bis 1844). In den folgenden 70 Jahren wechselten 22 Despoten einander ab.

Von 1916 — 1924 von US-Ledernacken besetzt; danach 31 Jahre Trujillo-Diktatur. Erster freigewählter Staatspräsident: Juan Bosch (1962).

Hauptprodukte: Zucker, Kaffee, Tabak. Außerdem wertvolle Erzkvorkommen: Bauxit, Eisen, Kupfer, Schwefel.

Mitglied der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die von Johnson nicht über die US-Einmischung informiert wurde.



Die Yankees machen sich in der ganzen Welt verhaßt. Die Dominikaner halten sie in Schach (oben), die Vietnamesen legen sie eiskalt um (unten).



fotos: dpa



Den Wunsch vieler Tonbandfreunde und Musikliebhaber erfüllten jetzt Hamburger Techniker. Der „Cassetten-Recorder“ – nicht größer als eine Zigarrenkiste – gibt nicht nur Musik wieder, sondern bietet auch die Möglichkeit, eigene Tonbandaufnahmen zu machen. Ab jetzt tönt:

MUSIK AUS DER KISTE

Bei einer Bandgeschwindigkeit von 4,75 cm/sec. ergeben sich Spieldauern von 60 bzw. 90 Minuten. Eine bespielte Kassette – das Repertoire bietet eine große Auswahl, vom Twist im Star-Club bis hin zum Musical und Operette – kostet 24,— DM, eine Leerkassette nur 11,50 DM. Da die Kassetten lediglich eingerastet werden müssen, erübrigt sich das manchmal mühselige Einfädeln des Bandes. Die kleine Wunderkiste wiegt etwas mehr als zweieinhalb Pfund. Überall, im Auto, im Freien und zu Hause, ist der „Cassetten-Recorder“ sofort startbereit. Schwupp – die Kassette rein! Schnapp – den Knopf gedrückt und schon erklingt Musik nach Wunsch.

KASSETTEN NACH WUNSCH

Ein Satz mit fünf Batterien, die für den Recorder benötigt werden, kostet 5,— DM. Sie sollen eine Spieldauer von rund 20 Stunden haben. Für Reportagen und „Konzerte“ im Freien sind sie völlig ausreichend. Zu Hause würde sich jedoch die Anschaffung eines Netzgerätes (DM 9,50) lohnen. Aber auch ohne Netzteil kann der „Cassetten-Recorder“ an Radio, Plattenspieler oder ein weiteres Tonbandgerät angeschlossen werden. Für den Autofahrer kann eine Autohalterung mit Zubehör geliefert werden. Mit Wenigen Handgriffen wird das Gerät mit dem Autoradio verbunden, den Strom liefert die Wagenbatterie.

PREISWERT UND HANDLICH

Ein kleiner Test in Dortmunder Geschäften ergab, daß das Gerät mit Zubehör zwischen 228,— und 245,— DM kostet. Die Handhabung ist idiotisch einfach, der Klang erstaunlich gut. Die imponierenden Maße dieser Zauberkiste: 197 x 113 x 57 mm. PETER SANDMANN



Fotos links:
SCHWUPP - Kassette einlegen und einrasten. SCHNAPP - Knopf drücken und schon erklingt Musik. So einfach ist das.



Eine kleine Kamera mit dem Bereich einer großen wird die kleine Exa mit dem Brennweitenverlängerer. So einfach und klein ist der Telekobold.

Auf der Hannover-Messe entdeckt DER TELEKOBOLD

— eine verblüffende Erfindung. Nicht etwa ein Spezialist — ein Oberpostinspektor kam auf diese Idee. Als ich diesen Mann zum ersten Mal traf — es war in einer Autowerkstatt — und als er mir von seiner Erfindung erzählte, dachte ich mir im Stillen: „Der spinnt doch.“ Nun traf ich ihn auf der Hannover-Messe wieder und war überrascht. Sein Gerät, Telekobold genannt, ist ein einfacher kleiner Ring mit einer Lupe versehen. Das Gerät verdoppelt die Brennweite bei Kleinbildspiegelreflexkameras. Und was ich nicht für möglich hielt — es funktioniert. Ein Test überzeugte mich davon. Es ist klein und handlich und läßt sich schnell in der Kamera einsetzen. Für den Amateur mit kleinem Geldbeutel das ideale Gerät, um ein oder gar zwei zusätzliche Objektive einzusparen. Freilich, Wunder kann man nicht erwarten. Telekobold hat auch seine Grenzen. Eine leichte Unschärfe muß man mitunter schon in Kauf nehmen. Alles in allem sehr empfehlenswert. Axel Molik



An der Kamera angebracht ein Objektiv mit 180 mm Brennweite — schon ein echtes Teleobjektiv. — (Der Telekobold kostet 59,50 DM.)

Fotos: molik

BW

Bundestagswahl 1965

65

Bis zur Bundestagswahl am 19. September bringen wir ständig an dieser Stelle Informationen und Tips für die Jungwähler.

Otmar Günther

(Jugendsekretär der IG Metall)

... Gerade jetzt ist dafür die richtige Zeit gekommen, um jetzt im Wahljahr hierüber mit den Abgeordneten ein Gespräch zu führen und hierzu die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses und der IG Metall zur Hand zu nehmen und zu fragen: Was haltet ihr davon, wie steht ihr dazu? Das ist nach meiner Meinung eine legale, demokratische, positive Haltung ...

Forum - Fete

In der Duisburger Mercator-Halle fand ein Kreuzverhör statt. Im Kreuzverhör der Jugend standen junge Bundestagskandidaten der Deutschen Friedens-Union: Pfarrer Stuckmann, Fritz Meinicke, Lorenz Knorr, Bernhard Jendrejowski und Arno Behrich. Nach einer zweistündigen und heißen Debatte wurde nach den Rhythmen der Kölner Starclub-Band „Die Kellerratten“ geshakt und getwistet. Veranstalter dieser nachahmenswerten Forum-Fete war die Jugendredaktion der Rhein-Ruhr-Wochenzeitschrift „tatsachen“.

STELLT GRETCHENFRAGEN! heißt der e l a n - Tip im Wahljahr 1965. Vier Essener Jugendliche wollen ein nachahmenswertes Beispiel geben: Sie wollten die in ihrer Stadt aufgestellten Bundestagskandidaten aller Parteien testen! In einem Handzettel – den Text mußten wir leider kürzen – wandten sie sich an die jungen Wähler.

Den Kandidaten auf den Zahn fühlen !

„Zwei Ereignisse von Bedeutung veranlassen die Unterzeichner, sich mit diesem Brief an die jungen Wähler von Essen zu wenden. Am 8. Mai jährte sich zum 20. Male die Kapitulation des ‚1000jährigen‘ Reiches. Am 19. September werden wir einen neuen Bundestag wählen.

Sie fragen, was das eine mit dem anderen zu tun hat?

Wir meinen, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt!



HORST CZIBORRA,
ist einer von den vier Essenern, die ihre Bundestagskandidaten testen wollen. Horst ist Kaminbauer.

1939 wurde die Jugend mit falschen Idealen und Versprechungen in den Krieg geführt. Millionen starben auf den Schlachtfeldern, unter Trümmern oder kamen als Krüppel zurück. Mit einem völligen Chaos brach das Hitlerreich zusammen ...

Die Verfasser dieses Briefes haben daraus ihre Lehren gezogen. So heißt es weiter:

„Wieder gibt es eine Politik der Stärke. Die Bundesregierung verlangt Atomwaffen und die Bundeswehrgenerale planen Atomminen-

gürtel ... Minister Seehofer und Wenzel Jaksch verlangen die Grenzen von 1937.

Ein neues Ermächtigungsgesetz (genannt Notstandsgesetze) soll verabschiedet werden.

Wir fragen: Soll die Jugend wieder das Opferlamm sein?

NEIN!

Der jetzige Bundestag hat nie die Meinung der Jugend berücksichtigt. Er hat das Grundgesetz geändert und die Wehrpflicht eingeführt, er hat versagt in der Behebung des Bildungsnotstandes.

Wir brauchen einen besseren neuen Bundestag, der auch unsere Meinung vertritt. Was ist unsere Meinung?

Wir wollen eine Politik, die den Interessen der jungen Menschen entspricht. Abrüstung und Entspannung ist das Gebot der Stunde. Nicht Grundgesetz ändern – sondern Politik ändern.

Darum fordern wir Sie auf, prüfen Sie wie wir die Essener Bundestagskandidaten mit folgenden Fragen:

- Sind Sie gegen Atomwaffen auf deutschem Boden?
- Verurteilen Sie den Atomminenplan?
- Sind Sie für eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung?
- Sind Sie für den Ausbau der Demokratie und gegen Notstandsgesetze, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert?
- Wie wollen Sie den Bildungsnotstand beheben?
- Unterstützen Sie den Vorschlag des DGB für ein Berufsausbildungsgesetz?

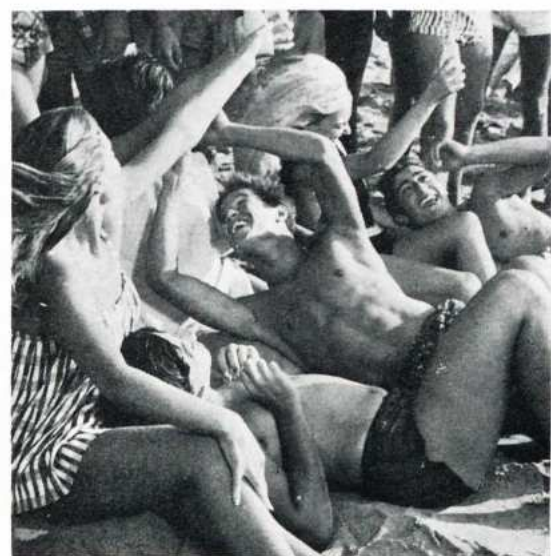
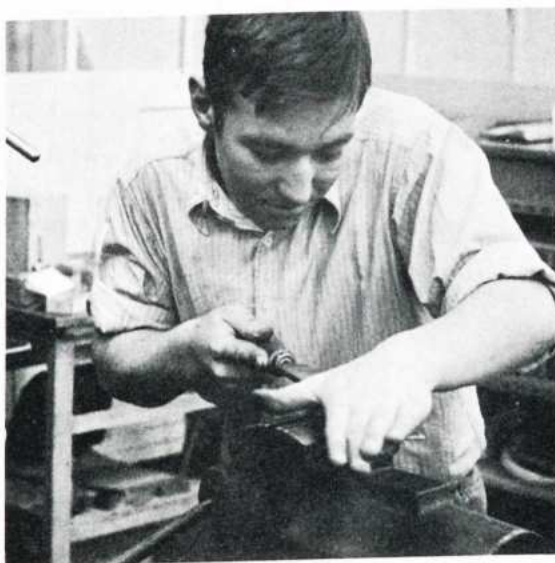
Karin Schnittker
Horst Cziborra

Günter Düsing
Klaus Cziborra

Frieden durch bessere Gesellschaft



7. ordentliche
Jugendkonferenz
der IG Metall
6./7. Mai 1965



Dem Parlament der Metall-
jugend ist diese Dokumen-
tation gewidmet. Wir sind
sicher, daß Diskussion und
Ergebnisse dieser Jugend-
konferenz weit über den
Bereich der IG Metall
hinaus Interesse finden.
Ihre Redaktion e l a n





Otmar Günther beim Geschäftsbericht

Über der Rothenbaumchaussee wehte ein frischer Wind. Verspielt hob er einem Passanten den Hut vom Kopf und wedelte ihn vor sich her, um sich schließlich einer druckfrischen „Bild“-Zeitung zu bemächtigen, die an diesem Morgen die Forderung der Jungen Union plakatierte: Bundeswehr nach Berlin! Schließlich, nachdem er „Bild“ und Gosse vereinigt hatte, wandte er sich dem Curio-Haus zu.

Und als hier die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall begann, schien es, als habe jener frische Wind Einlaß in den Tagungssaal gefunden, ohne Delegierten ausweis zwar, aber von den Anwesenden wie ein guter, vertrauter Stammgast begrüßt.

PARLAMENT DER JUNG-METALLER

Das war am Morgen des 6. Mai, an dem 146 Delegierte und 58 Gastdelegierte, die gewählten Vertreter von fast 300 000 gewerkschaftlich organisierten jungen Metallarbeitern, ihre zweitägigen Beratungen aufnehmen. Es war gewiß kein Zufall, daß „Worte zum 8. Mai“ das Startsignal für diese Jugendkonferenz gaben, gesprochen vom Schriftsteller Gerhard Schoenberger, der die Schuldigen an der letzten Katastrophe ebenso offen beim Namen nannte wie die Verantwortlichen der gegenwärtigen Katastrophenpolitik. Seine Empfehlung: Politisches Engagement, denn „Politik ist kein unabwendbares Schicksal. Sie wird von Menschen gemacht, und sie kann von Menschen verändert werden.“

Dieses Wort wurde zur ungeschriebenen Devise der Konferenz, und es ergänzte sinnvoll das Motto an der Stirnwand des Curio-Saa-

les: „Frieden durch eine bessere Gesellschaft.“

AUS DEM „GROSSEN KAMPF“ GELERNT

Es wurde auch zum Stichwort für Vorstandsmitglied Alois Wöhrle, der in seiner Begrüßung die „Empfehlung“ gewisser Kreise, die Jugend solle „sich weniger um Politik und mehr um ihr berufliches Fortkommen“ kümmern, als anmaßend und unverfroren zurückwies. Er erinnerte bei dieser Gelegenheit an den großen Streik in Baden-Württemberg, der die Notwendigkeit starker Gewerkschaften bewiesen habe.

Was diese Konferenz von der ersten bis zur letzten Minute auszeichnete, war das starke Drängen auf eine Standortbestimmung, die von den tatsächlichen Verhältnissen ausgeht, — nicht von Gemeinsamkeitsduselei und Wirsitzen-alles-in-einem-Boot-Ideologie.

Das Fazit: Wir leben in einer Klassengesellschaft, welcher der junge Arbeiter „nach wie vor als Besitzloser und sich in abhängiger Arbeit Befindender angehört, schutzlos der Willkür der Wirtschaftsmächte ausgeliefert, für die er nur eine namenlose Nummer ist, wenn nicht die Macht, die Kraft und der Schutz der Gewerkschaften hinter ihm steht.“ (Alois Wöhrle).

Und: „Die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit, die sich darauf beschränkt, die jeweils unmenschlichsten Auswirkungen des kapitalistischen Systems abzumildern, hat nichts weiter fertiggebracht, als die Arbeiterbewegung in einen kaum veränderten Sozialkapitalismus einzugliedern.“ (Otmar Günther)

KEINE ANGST VOR HEISSEN FRAGEN

Bei all diesen grundsätzlichen Debatten und Aussagen kamen die brennenden, politischen Tagesfragen und auch die sozialen Probleme nicht zu kurz. Jedem hier im Saal war



Beschlüsse wurden in großer Einmütigkeit gefaßt



Während der Konferenz: Alois Wöhrle, Otmar Günther, Gerd Lüttger und Siegfried Müller (von links)

klar, daß die geforderten und angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen nur möglich sind, wenn die Sicherung des Friedens gelingt.

„Die Gewerkschaftsjugend hat an dieser Stelle eine entscheidende politische Aufgabe der Aufklärung. Sie muß die weltweiten Tendenzen zur Entspannung, zur Annäherung der verschiedenen Gesellschaftssysteme erfassen und diese Erkenntnis verbreiten. Damit trägt sie wesentlich dazu bei, daß in diesem Lande nicht noch einmal ein letzter, selbstmörderischer Versuch gemacht wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen“, sagte Vorstandsmitglied Georg Benz in seinem stark diskutierten Hauptreferat.

Wer die Beschlüsse nachliest (siehe Seite 15 bis 17), wird feststellen können, daß die 7. Jugendkonferenz den „heißen Fragen“ nicht aus dem Wege ging. Sie „verurteilt die Politik einer stufenweisen Ausdehnung des Krieges (Escalation), welche von den Vereinigten Staaten in Vietnam angewandt wird“; sie nahm Stellung zur politischen Strafjustiz und forderte die Entsendung einer eigenen Beobachterdelegation zum Festival nach Algerien. Die IGM-Jugend wird weiterhin Gedenkfahrten in ehemalige KZ-Lager durchführen unter Einschluß des ehem. Lagers Buchenwald. Ihr Protest gegen Atomminenpläne ist genauso leidenschaftlich wie ihr Bekenntnis zum Ostermarsch.

IN SACHEN NOTSTAND KEINE KOMPROMISSE

Karge Stichworte nur sind dem Beobachter möglich, um das erklärte Wollen der IG-Metall-Jugend an dieser Stelle zu skizzieren. Wenn einem Berichterstatte eine Bitte in eigener Sache erlaubt ist: Lesen Sie auf den folgenden Seiten die Beschlüsse im Wortlaut. Dort finden Sie im Original, was hier nur 2. Aufguß sein kann. Das gilt ebenso für die Diskussion, von der wir deshalb auf den folgenden Seiten einige Kostproben bringen.



Alle Fotos: Klaus Rose



Beifall für Georg Benz, der das Hauptreferat hielt

Zu sagen aber ist unbedingt etwas über die Notstandsdiskussion, weil sie die Aussage dieser Jugendkonferenz wesentlich beeinflusste und prägte. Kurz gesagt: In dieser Frage gibt es keine Kompromisse, sondern erklärte Kampfbereitschaft. Auf der kritisch geeichten Waage der Delegierten wogen Beruhigungsspillen (Wir werden den Regierungsentwürfen schon die Giftzähne ziehen), wie sie in diesen Tagen im Dutzend billiger zu haben sind, nicht. Denn wenn NS-Gesetze für ihre Erfinder überhaupt noch einen Sinn haben sollen, dann gleichen sie auch ohne den einen oder anderen „Giftzahn“ einem Gebiß, in dessen Fängen Freiheit und demokratische Grundrechte zermalmt werden können

GEHT ZU DEN ABGEORDNETEN

Wir können es nicht bei Beschlüssen aus Papier belassen! Aber was sollen wir tun? — Diese Frage gab es in immer neuen Varianten.

Die Empfehlung Otmar Günthers, des Bundesjugendsekretärs, lautete: „Ich meine nämlich — und jetzt kommen wir zur Aktivität —, daß wir gerade im Wahljahr die beste Chance haben, in echt demokratischer Weise in den Wahlkreisen, bei Gesprächen und Diskussionen, Forderungen an unsere Abgeordneten und Kandidaten zu richten und zu stellen... Gerade jetzt ist die Zeit gekommen, hierzu die Beschlüsse des DGB-Kongresses und der IG Metall zur Hand zu nehmen und zu fragen: Was haltet ihr davon, wie steht ihr dazu?“

In der nachgiebigen Haltung führender SPD Politiker in Sachen Notstand dürfte in diesem Zusammenhang auch die Ursache dafür zu suchen sein, daß von zahlreichen Delegierten das Unbehagen und die Ablehnung gegenüber einer solchen Politik sehr offen formuliert wurde.

„Wenn das Gewissen unserer Abgeordneten so klein ist, daß man es mit dem Parteibuch

verdecken kann, ist es gewiß nicht das Richtige“, meinte ein Frankfurter Delegierter.

HALLO WACH — ZUR AKTION

Ein Delegierter aus Düsseldorf fragte: „Wie lange wollen wir als Gewerkschaftskollegen noch tolerant bleiben?“, und erinnerte daran, daß die Toleranz schon einmal soweit ging, „daß wir erst wach wurden, als die ersten Funktionäre in den KZ oder in den Gefängnissen saßen.“

Und ein Mannheimer: „Wir müssen verhindern, daß es überhaupt zu einer Lesung im Bundestag über die Notstandsgesetze kommt!“

Auch hier Konsequenz bei der erklärten Absicht, keine Tabus anzuerkennen.

Den Vorwurf, die Gewerkschaftsjugend stolche nur in der großen Politik herum und vernachlässige die tägliche Kleinarbeit im sozialen Bereich, hätte nach dieser Konferenz nur ein Börsartiger anbringen können. Denn die Forderung z. B. nach besserer Bildung verbanden die Delegierten mit der Diskussion um ein eigenes, neues Bildungssystem; das Drängen nach Demokratie und Mitbestimmung mit der Forderung: Die Demokratie darf nicht am Werkstoff aufhören. Hier liegen nach den Worten von Siegfried Müller (Abt. Jugend) wichtige Aufgaben für eine intensive Jugendgruppenarbeit, die Hand in Hand mit einer betriebsnahen Jugendarbeit gehen muß.

Und es war keine Phrase, als der junge Helmut Kuhn erklärte: „... daß wir jungen Kollegen, welche heute zum ersten Male an einer Jugendkonferenz teilgenommen haben, voller Stolz und mit vielen neuen Ideen nach Hause fahren können in unsere Betriebe und Jugendgruppen.“ Begleitet von jenem frischen Wind, der dieser Konferenz bis zur Abschieds-Elbfahrt treu blieb.

KARL HUBERT REICHEL



Beschlüsse

FRIEDENSPOLITIK

Die Jugend der IG Metall bekennt sich zu einem friedlichen Zusammenleben aller Völker. Sie verurteilt jede Maßnahme, die Frieden und Freiheit gefährdet.

Gerade in diesen Tagen ist der Weltfrieden durch die drohende Ausweitung des Vietnam-Konflikts besonders gefährdet.

Die Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt deshalb die Politik einer stufenweisen Ausdehnung des Krieges (Escalation), welche von den Vereinigten Staaten in Vietnam angewandt wird. Die Jugend der IG Metall fordert eine politische Lösung des Konflikts in Süd-Ost-Asien und begrüßt alle entsprechenden Vorschläge.

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz fordert eine weltweite kontrollierte Abrüstung und eine Achtung aller Massenvernichtungswaffen. Sie begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht. Die Jugendkonferenz hält deshalb auch die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch — für eine geeignete Möglichkeit, dieser Haltung Ausdruck zu verleihen. Sie fordert die jungen Mitglieder der IG Metall erneut auf, diese Bewegung durch ihre Teilnahme zu unterstützen.

FRAGEN DER ENTSPANNUNG UND ABRÜSTUNG

Die 7. Jugendkonferenz der IG Metall stellt mit Befriedigung fest, daß seit der letzten Konferenz beachtliche Fortschritte auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung zu verzeichnen sind. Das Teststop-Abkommen, der „heiße Draht“, das Antarktis-Abkommen, das Verbot der Benutzung des Weltraums für militärische Zwecke, die Einschränkung der Produktion von Nuklearsprengstoffen und in der Bundesrepublik die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde, sind Schritte auf diesem Wege. Die Atomwaffengegner und die Gegner jeder gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den Völkern in Deutschland und der ganzen Welt dürfen diese Schritte als Erfolge auch ihres ständigen Bemühens betrachten. Der Beweis ist erbracht, daß demokratische Aktivität des einzelnen Staatsbürgers sinnvoll und wirksam ist, wenn sie mit Geduld und Energie praktiziert wird.

Dennoch ist nicht genug geschehen! Die Bundesrepublik ist zum Bremsklotz in vielen Fragen der Entspannung und Abrüstung geworden. Die politische und militärische Führung diskutiert Selbstmordpläne für das ganze Volk, wie es die geplanten Atomminen-Sperren an der Ostgrenze der Bundesrepublik sind. Es gibt also noch keinen Anlaß zur Zufriedenheit — Unruhe ist die erste Bürgerpflicht! Deshalb begrüßen die Delegierten alle demokratischen Maßnahmen, auch außerparlamentarische Aktionen, die den Bürger unseres Staates auf die ihm drohenden Gefahren aufmerksam machen und ihn zum Handeln auffordern, damit auch die Abgeordneten des Bundestages bei ihren Entscheidungen die Meinung maßgebender Persönlichkeiten und weiterer Teile unseres Volkes respektieren. (Einstimmig)

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Die Delegierten der 7. Jugendkonferenz der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland sind der Auffassung, daß auch die süd- und mittelamerikanischen Völker ein Recht darauf haben, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die ihren Vorstellungen entspricht. Die Auseinandersetzungen der verschiedenen gesellschaftspolitischen Interessengruppen darf nicht mit Waffengewalt einer fremden Macht niedergehalten werden.

Die Delegierten sind der Meinung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht teilbar ist. Was wir für uns und unser geteiltes Land in Anspruch nehmen, muß auch für andere Völker, vor allem für die entwicklungsfähigen Länder, die sich von der Herrschaft ihrer Kolonialmächte befreien, gelten.

DEUTSCHLAND-POLITIK

Die 7. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall begrüßt alle Initiativen in der Deutschland-Frage, die die Spaltung unseres Landes überwinden helfen können. Sie begrüßt die vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vertretenen „Politik der kleinen Schritte“. Sie sieht in der Völkerverständigung zwischen Ost und West und dem Abbau der politischen Spannungen durch kontrollierte Abrüstung einen Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung. Dazu gehören auch praktische Schritte zur Verständigung mit den Völkern des Ostens. Sie erwartet, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die von dem amerikanischen Präsidenten Kennedy vorgezeichneten Wege zur internationalen Entspannung beschreitet. Sie erhofft die Mithilfe unserer westlichen Verbündeten bei der endgültigen Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarländern.

Die 7. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall verurteilt die ideenlose Politik der deutschen Bundesregierung, die die Gefahr beinhaltet, Deutschland von seinen Freunden zu entfremden. Diese Politik brachte uns der Wiedervereinigung nicht den kleinsten Schritt näher. Die uneinsichtige Haltung der Bundesregierung hat bislang alle Verständigungsmöglichkeiten verhindert. Das Dulden nationalsozialistischer Einflüsse in höchsten Regierungsämtern, die Beauftragung eines ehemaligen Mitgliedes der NSDAP mit der Aufspürung von Verbrechen der Nationalsozialisten, die eine Verhöhnung gleichkommenden, milden Urteile über ehemalige nationalsozialistische Verbrecher und die würdelose Debatte um die Verjährung der Nazi-Verbrechen hat dem Ansehen des deutschen Volkes in der ganzen Welt kaum wiedergutzumachenden Schaden zugefügt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland trägt für diese, den Interessen der deutschen Wiedervereinigung entgegenstehenden, Politik die alleinige Verantwortung. (Einstimmig)



OST-WEST-BEZIEHUNGEN

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall für die Bundesrepublik empfiehlt dem Vorstand, neben den Fahrten zu Gedenkstätten des nationalsozialistischen Unrechts auch Informationsfahrten nach Osteuropa durchzuführen. Darüber hinaus bittet die Jugendkonferenz den Vorstand, junge Menschen aus diesen Ländern in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen.

GEDENKFAHRTEN IN EHEMALIGE KONZENTRATIONSLAGER

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz ersucht den Vorstand der IG Metall, in den Beschluß zum Besuch von Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, wie der Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau, auch das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald einzubeziehen. (Einstimmig)

BEITRAG ZUR BEWÄLTIGUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN VERGANGENHEIT

In Frankfurt fand der Prozeß gegen Krumey und Hunsche statt. Die milden Urteile haben in Deutschland und im Ausland Kritik hervorgerufen. Besonders in Ungarn, dem Schauplatz der Nazi-Verbrechen, die Krumey und Hunsche zur Last gelegt wurden, fand man die Urteile empörend. Die Jugend der IG Metall will weiterhin ihren Beitrag zur Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit leisten. Deshalb bitten die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz den Vorstand der IG Metall, zu prüfen, ob eine geeignete Form gefunden werden kann, wie der Opfer des Nazi-Terrors in Ungarn gedacht werden kann. (Einstimmig)

BEOBACHTERDELEGATION ALGIER

Die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall bedauern den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, wonach keine Beobachterdelegation zu den Weltjugendfestspielen 1965 in Algerien entsandt werden soll.

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz bittet den Vorstand der IG Metall, eine eigene Beobachterdelegation nach Algerien zu entsenden. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß mittlerweile zahlreiche politische und konfessionelle Jugendverbände der Bundesrepublik mit Beobachtern beim Festival, das 1965 erstmals in dem afrikanischen Entwicklungsland stattfindet, vertreten sein werden. (Einstimmig)

POLITISCHE JUSTIZ IN DER BUNDESREPUBLIK

Die 7. Jugendkonferenz der IG Metall verfolgt mit großer Besorgnis die Entwicklung im Bereich der politischen Justiz in der Bundesrepublik und die Tätigkeit der Ermittlungsstellen sowie der Strafverfolgungsbehörden.

Während aufgrund der immer stärker werdenden öffentlichen Kritik und teilweise aufgrund der ersten Änderungen des Strafgesetzbuches die Zahl der in politischen Strafsachen durchgeführten Strafprozesse zurückgeht, steigt die Zahl der politischen Ermittlungsverfahren weiter an.

Die Zahl der in politischen Strafsachen durchgeführten Ermittlungsverfahren wird bezeichnenderweise in den letzten Jahren nicht mehr veröffentlicht. Die Ermittlungsverfahren führen nur selten zu Strafverfahren. Teilweise schleppen sich diese Ermittlungen ohne Rücksicht auf die Betroffenen über Jahre hinweg. Das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden in den Ermittlungen gegen den Herausgeber und Redakteure des Spiegel ist nur als ein in der Öffentlichkeit besonders bekannt gewordener Fall anzusehen.

Für die Arbeitnehmer führt in der Regel bereits die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zur Entlassung aus dem Betrieb. Es gibt Fälle, in denen auch bei Neueinstellungen in anderen Betrieben auf eine Entlassung hin eingewirkt wurde.

Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen dienen heute häufig dazu, auf die Betroffenen Druck auszuüben und sie in einen Zustand der Rechtsunsicherheit zu versetzen.

Diese Praxis und das in letzter Zeit bekannt gewordene Filmen und Fotografieren der Teilnehmer des Ostermarsches und der abschließenden Kundgebungen durch den Verfassungsschutz steht im Widerspruch zur rechtsstaatlichen Struktur des Grundgesetzes und dem in Art. 3 verankerten Prinzip, daß niemand „wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen“ benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Wir fordern die Innenminister und Justizminister des Bundes und der Länder dazu auf, alle Schritte zu unternehmen, den Mißbrauch der Mittel der politischen Strafjustiz zur Unterdrückung Andersdenkender unmöglich zu machen.

Angesichts der uns bekannt gewordenen Praxis, bitten die Delegierten der 7. Jugendkonferenz den Vorstand der IG Metall und den DGB, allen durch politische Ermittlungsverfahren Betroffenen jeden erdenklichen Schutz zu gewähren, bis ein wirkliches Vergehen oder Verbrechen durch den Urteilspruch eines Gerichtes erwiesen ist.

KONZENTRATION DER PRESSE

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall wendet sich entschieden gegen alle Versuche, den unabhängigen Status des Fernsehens anzutasten. Wegen der überragenden Bedeutung des Fernsehens für die Bewußtseins- und Meinungsbildung muß jede privatwirtschaftliche Einflußnahme verhindert werden. Nicht die als öffentl. rechtl. Körperschaften betriebenen Rundfunk- und Fernsehanstalten stellen eine Gefahr dar, sondern vielmehr die zunehmende Konzentration des Pressewesens gefährdet eine demokratische Entwicklung. (Einstimmig)

Lieber Sex - als

Als gute Diskutierer und kundige Kritiker zeigten sich die Delegierten an beiden Konferenztagen. Wäre schon die Zeitungsseite aus Gummi, also nach Belieben dehnbar, erfunden, dann hätten wir hier einen großen Querschnitt aus diesen Debatten geben können. So müssen wir uns leider darauf beschränken, einige Kostproben bzw. die wesentlichen Aussagen zu bringen. Wir bitten um Verständnis. Red. e l a n

Kollege Heusel (Frankfurt)

Im Geschäftsbericht und in den Begrüßungsansprachen kam zum Ausdruck, daß die Gewerkschaftsjugend politisch aktiv sei. Wir waren und wir sind aktiv, vor allem dann, wenn es darum geht, unsere demokratischen Rechte zu verteidigen. Wir wenden uns entschieden gegen den Abbau sozialer Sicherungen, wir demonstrieren gegen die Rüstung und die Versuche, Notstandsgesetze zu verabschieden. Wir bekunden unsere Meinung, zu jeder Zeit: zu Ostern genauso wie am 1. Mai und am 1. September. Wir, die junge Generation, die zwischen Trümmern aufgewachsen ist, muß das uneingeschränkte Recht haben, zu sagen, daß wir nicht wünschen, daß es unseren Kindern ebenso geht. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß wir diffamiert werden, wenn wir dieses Grundrecht der freien Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, wie das in diesem Jahr zum Beispiel durch Herbert Wehner geschehen ist, als er uns als „nützliche Hilfstruppen Pankows“ bezeichnete.

(„Pfui“-Rufe)

Wir lassen uns durch diese unqualifizierten Anwürfe nicht von unserem als gut und richtig erkannten Weg abbringen.

(Beifall)

Kollege Haas (Solingen)

Ich erhielt jetzt davon Kenntnis, daß DGB-Kreisen während der letzten vierzehn Tage Schreiben zugehen, in denen gefordert wird, die finanziellen Vergünstigungen für den Bezug des „Aufwärts“ wegzulassen und dafür den Bezugspreis von 30 auf 50 Pfennige zu erhöhen. Hierin sehe ich die Absicht, den „Aufwärts“ irgendwie durch die kalte Küche beseitigen zu wollen. Wir sollten, so meine ich, diesen Tendenzen wehren und uns zu dem bekennen, was wir auf der letzten Bundesjugendkonferenz in Berlin beschlossen haben.

Wir sollten uns dagegen wehren, eine Jugendorganisation zu werden, die politisiert ist, die ihre Hauptaufgaben darin hat, Blümchen zu pflücken und Lieder zu singen. Ich bin der Meinung, wir haben uns damals sehr wohl als eine politische Gewerkschaftsjugend bekannt.

Kollege Würich (Ludwigsburg)

Ich möchte nur zu einem Punkt Stellung nehmen, den der Kollege Otmar Günther in seinem Geschäftsbericht erwähnt hat. Er hat gesagt, man solle sich aufs äußerste gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze wehren. Wie — das hat er uns nicht gesagt. Schon auf vielen Konferenzen ist gesagt worden, daß wir uns aufs äußerste dagegen wehren sollen. Ich möchte dich, Kollege Otmar Günther fragen, ob du in dem Frankfurter Antrag Nr. 68 eine Lösung siehst. In dem Antrag heißt es: „Sie hält die Anwendung des politischen Streiks bei Gefährdung der Demokratie für notwendig.“

Wir haben, um ein anderes Problem zu nennen, annähernd 180 Bundestagsabgeordnete als Mitglieder beim DGB. Wir sollten diesen Kollegen sagen, sich in ihren öffentlichen Diskussionen und Veranstaltungen klar gegen die Notstandsgesetze auszusprechen. Sie tun damit nur das, was der DGB-Bundesvorstand beschlossen hat: ein klares Nein gegen jegliche Art von Notstandsgesetzgebung.

(Beifall)

Kollege Zahn (Offenbach)

Auf die Frage, was ist Freiheit, antwortete ein Weiser: ein gutes Gewissen. Wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben bis heute mit gutem Gewissen und viel Idealismus um Freiheit und Demokratie gekämpft. Eine Reihe Angehöriger der Gewerkschaftsjugend und auch sehr viele Freunde unter uns sind als Genossen in den Reihen unserer Arbeiterpartei. Es ist deshalb mehr als bedauerlich, daß wir als junge Gewerkschaftler mehr und mehr in die Opposition gegen eine Partei gehen müssen, die bisher unsere geistige Heimat war.

(Beifall)

Noch bedauerlicher aber ist es, wenn sehr viele hauptamtliche und ehrenamtliche Kollegen es bedenkenlos fertigbringen, ihr Gewissen der Parteiführung zu verkaufen.

(Beifall)

Es ist für uns schmerzlich, gegen Freunde zu kämpfen. Aber wir versagen uns nicht, auch nicht aus wahlpolitischen Gründen, für Freiheit, Frieden und Demokratie auch in Gesprächen mit jungen Kollegen in der SBZ zu kämpfen. Wir waren bereit, zu Ostern gegen die Atombewaffnung zu demonstrieren. Wir lassen uns nicht die Freiheit, die uns das Grundgesetz garantiert, durch ein Notstandsgesetz versklaven.

Kollege Kos (Ingolstadt)

Auf der einen Seite ist man also gewillt, für Verbrechen, die heute begangen werden, die Todesstrafe einzuführen, während man zugleich den hundert- oder tausendfachen Massenmord außer Strafe setzen will. Diesem Tatbestand haben besonders wir jungen Menschen entgegenzutreten. Damit haben wir eine große Aufgabe zu erfüllen.

Kollege Holzhauer (Mannheim)

Nun soll die reaktionäre Entwicklung in der Bundesrepublik durch die Notstandsgesetze zementiert werden. Ich glaube, daß wir verpflichtet sind, in aller Öffentlichkeit unseren politischen Freunden zuzurufen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und im Bundestag diesmal keiner Änderung des Grundgesetzes zuzustimmen, auch dann nicht, wenn etwa den Notstandsgesetzen die Giftzähne gebrochen sein sollten. Bestimmte Informationen lassen erkennen, daß zwischen den Fraktionen schon gewisse Übereinstimmungen erzielt worden sind. Wir müssen verhindern, daß es überhaupt zu einer Lesung im Bundestag über die Notstandsgesetze kommt!

(Beifall)

Kollege Meinking (Bremen)

Am 19. September werden wir aufgefordert, einen neuen Bundestag zu wählen. Sagen wir unseren Kolleginnen und Kollegen ganz offen, wen sie wählen sollen. Sagen wir ihnen: „Wählt Gewerkschafter in den Bundestag!“

Atom-Bomben

Kollege Josef Schürmann (Oldenburg)

Ich möchte mich auch den Sprechern gegen die Notstandsgesetzgebung anschließen. Ich glaube, daß an dieser Stelle und innerhalb der Jugend über dieses Thema nicht genug gesprochen werden kann.

(Beifall)

Was können wir dagegen tun? Zunächst müssen wir unsere Gewerkschaftskollegen im Bundestag immer wieder dazu anhalten, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen. Wer für die Gesetze stimmt, fällt der Arbeitnehmerschaft in den Rücken und gehört einfach nicht in unsere Reihen.

(Lebhafter Beifall)



Foto: rose

Kollege Edgar Schmidt (Ludwigsburg)

Das Referat Benz hat bestätigt, daß unsere Marschrichtung stimmt. Und das wird sicherlich von allen fortschrittlichen Menschen begriffen. Er hat Tabus aufgegriffen. Wir werden nicht darum herumkommen, diese Tabus aufzugreifen. Wir müssen eben mit den anderen reden. Es war schon lange Zeit, daß einmal so etwas gesagt wurde. Die Leute von der Wirtschaft machen uns das schon lange vor. Bei dieser Entwicklung wollen wir nicht die letzten sein, wir wollen nicht am Rande stehen und nur zusehen. Wir dürfen uns von dieser Entwicklung nicht überrollen lassen. Gerade wir als Gewerkschaft und wiederum als Jugend müssen dabei sein, wenn es darum geht, sachliche Gespräche mit der Jugend zu führen, auch mit der Jugend der östlichen Völker. Wir müssen dem Kollegen Benz dankbar sein, daß er uns heute einen Weg gezeigt hat.

(Beifall)

Kollege Franz Steinkühler (Stuttgart)

Das heute geteilte Deutschland ist eine Folge deutscher Politik. Das wird allzuoft übersehen. Eine Änderung dieser Situation muß deshalb einzig und allein die Hauptaufgabe der Deutschen sein.

(Lebhafte Zustimmung)

Es geht nicht an, daß die Lösung der deutschen Frage so, wie es gegenwärtig bei uns geschieht, primär als Aufgabe der ehemaligen Feindmächte dargestellt wird. Sie können höchstens mitwirken. Die ersten positiven Schritte dazu sollten wir unternehmen.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich glaube, es muß einmal deutlich ausgesprochen werden — auch wenn man feststellen muß, daß jeder, der das ausspricht, verschrien wird —, daß die Gebiete östlich der Oder und der Neiße für uns ohne

Krieg nicht zurückzugewinnen sind. Wir können nicht nicht so tun, als könnten wir einen Einsatz zurückverlangen, den wir bei unserem Lotteriespiel, das 1933 begann, verloren haben.

(Lebhafte Zustimmung)

Die deutsche Politik muß und kann nur an den Grenzen der DDR enden. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich die beiden deutschen Teilstaaten in den vergangenen 20 Jahren gesellschaftlich und politisch so weit auseinandergelebt haben, daß die ganze Politik, die wir betreiben, nur auf einen Anschluß dieser beiden Staaten auszurichten, geradezu wirklichkeitsfremd ist. Das ist schlechthin nicht möglich.

Sonntagsreden, in denen das Lied vom Fleiß des deutschen Arbeiters gesungen wird, nützen uns nichts, denn nach jedem Sonntag folgt ein Montag und an diesem Montag müssen wir wieder hinein in den Höllensabbat der Fließbandarbeit und der Taktstraße. Aber auch diesen Montag wollen wir menschenwürdig gestalten. Wenn wachsender Wohlstand, längerer Urlaub und kürzere Arbeitszeit hier in diesem Lande zu einer politischen Lethargie führen, dann kann das höchstens eine unqualifizierte Obrigkeit freuen, niemals aber eine verantwortungsbewußte Führung eines demokratischen Staates. Und hier liegt auch die große Verantwortung der Jugend.

(Lebhafter Beifall)

Kollege Helmut Kuhn

Wir Jugendlichen am Arbeitsplatz brauchen nicht nur unser Werkstück; wir benötigen vor allen Dingen die Möglichkeit zur Mitarbeit an und in der Gesellschaft. Die 42-Stunden-Woche ist nicht zum Schlafen erkrankt worden, sie verpflichtet uns zur gemeinsamen Arbeit mit unseren älteren Kollegen. Ich glaube, daß wir jungen Kollegen, welche heute zum erstenmal an einem solchen Kongreß teilgenommen haben, voller Stolz und vielen neuen Ideen nach Hause fahren können in unsere Betriebe und zu unseren Jugendgruppen. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Kollege Karl-Heinz Gutzmann (Rheinhausen)

Ich beziehe mich hier noch einmal auf den Notstand und ich bin der Meinung, daß es hier und heute nicht nur bei der Anerkennung des Zusammengehens mit den Wissenschaftlern gegen eine Notstandsgesetzgebung bleiben darf, sondern daß wir etwas tun sollten.

(Lebhafter Beifall)

Und zwar, meine Kolleginnen und Kollegen, meine ich, es ist unsere moralische Pflicht, unseren Wissenschaftlern nicht nur mit Worten unseren Dank abzustatten, sondern ihnen ihre verantwortungsbewußte Haltung dadurch zu honorieren, daß wir etwa den Vorstand bitten, jene Professoren, die IG-Metall-Funktionäre, die Funktionäre der größten Gewerkschaft der Welt, zu einer machtvollen Demonstration gegen den Notstand einzuladen ...

(Stürmischer, langanhaltender Beifall)

... weil der Notstand nämlich nicht mehr die Freiheit sein kann und weil es ohne Freiheit keine beste Gesellschaft geben kann, und weil es ohne Freiheit auch keinen Frieden geben kann.

(Erneuter, lebhafter Beifall)

Kollege Josef Schürmann (Oldenburg)

Ich möchte einiges zum Thema Antikriegstag sagen. Seit eh und je ist der Antikriegstag ein Anliegen der Gewerkschaftsjugend gewesen. Mit Befremden lasen wir den Beschluß des DGB, daß an diesem Tag keine öffentlichen Veranstaltungen durchgeführt werden sollen. Ich kann hierzu nur sagen daß wir uns in

NOTSTANDSGESETZE

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall fordert alle Bundestagsabgeordneten auf, gegen jegliche Notstandsgesetzgebung zu stimmen. Die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, die Beschlüsse des DGB in dieser Frage zur Grundlage ihrer Entscheidung zu machen.

Die Jugend der IG Metall wendet sich erneut und mit Entschiedenheit gegen alle Versuche der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln.

Sie hält die Anwendung des politischen Streiks bei Gefährdung der Demokratie für notwendig. Die 7. ordentliche Jugendkonferenz bittet den Vorstand der IG Metall, darauf hinzuwirken, daß über die Beschlüsse von Hannover hinaus die Öffentlichkeit durch eine umfassende Aufklärungskampagne auf die durch zusätzliche Notstandsgesetze drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wird. Die Jugend der IG Metall erklärt ihre Bereitschaft, durch Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaftsjugend ihren Beitrag dazu zu leisten.

In diesem Sinne begrüßt die Jugend der IG Metall die jüngste eindeutige Stellungnahme deutscher Hochschullehrer gegen die geplante Notstandsgesetzgebung.

ANTIKRIEGSTAG

Die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall begrüßen, daß am 1. September 1964 ein Antikriegstag vom DGB durchgeführt wurde.

Sie bedauern den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom Februar 1965, an dem von der Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag erklärt wird, daß ab September zukünftig keine Veranstaltungen mehr durchzuführen.

Die Delegierten fordern den Vorstand sowie alle Vertreter der IG Metall in den Kreis- und Landesjugendausschüssen und den Bundesjugendausschuß des DGB auf, daran mitzuwirken, daß die Gewerkschaftsjugend in allen größeren Städten in der Bundesrepublik auch künftig Veranstaltungen zum Antikriegstag (1. September) durchführt. Wenn diese Bemühungen nicht zum Erfolg führen, wird die IG-Metall-Jugend eigene Veranstaltungen durchführen. (Einstimmig)

VERHAFTUNGSWELLE IN SPANIEN

Das faschistische Franko-Regime hat in diesen Tagen in einer erneuten Verfolgungswelle wieder zahlreiche spanische Gewerkschafter verhaften lassen.

Nach den bei den deutschen Gewerkschaften vorliegenden Nachrichten handelt es sich hierbei um Terror-Maßnahmen, mit denen die befürchtete Demonstration zum 1. Mai zerschlagen werden sollte.

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall protestiert mit Nachdruck gegen diese Verhaftungen und fordert die sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten. Sie erwartet von allen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik, daß sie sich diesem Protest anschließen.

In diesem Zusammenhang fordert sie erneut, daß ein faschistisch regiertes Spanien nicht Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden darf.

Die Jugend der IG Metall bewundert den Mut und die Entschlossenheit, mit welcher die spanische Arbeiterklasse, trotz jahrzehntelanger Unterdrückung, gegen den Faschismus kämpft.

Die Delegierten der 7. Jugendkonferenz der IG Metall erklären sich mit all denen solidarisch, die für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Spanien kämpfen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SITUATION

Die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall beobachten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit großer Besorgnis.

Seit 15 Jahren treibt die Bundesregierung eine Einkommens- und Vermögenspolitik zugunsten der Besitzer großer Vermögen.

Diese Politik wurde und wird auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Rentner ausgetragen.

Eine gleichmäßigere und gerechtere Verteilung der jährlich zuwachsenden Nettovermögen ist nur durch eine andere Einkommensverteilung möglich. Eine Erhöhung des Anteils der Arbeitseinkommen am Bruttovermögen ist die entscheidende Voraussetzung, um im Bereich der Vermögensverteilung eine Änderung herbeiführen zu können.

Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen, ein Volk von „Volksaktionären“ zu schaffen, wie z. B. die Verschleuderung von Unternehmen, welche sich in öffentlicher Hand befinden, lenken von den eigentlichen Problemen der Einkommens- und Vermögensverteilung ab.

Die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz sind der Meinung, daß die Vollbeschäftigung, ein stetig steigendes Wirtschaftswachstum, das Preisniveau und damit die Stabilität der Währung sowie eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung nicht durch Einzelmaßnahmen und Halbheiten gesichert werden können.

Es ist vielmehr erforderlich, eine grundlegende Kursänderung der Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- und Preispolitik herbeizuführen.

Die derzeitigen Diskussionen um die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand läßt vermuten, daß von der Verwirklichung dieser Forderungen abgelenkt werden soll.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung führte auch zu einer ständig steigenden Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht der Großunternehmen.

Es ist daher dringend erforderlich, durch die Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft, die Wirtschaft zu demokratisieren.

Diese Maßnahme ist für unsere junge Demokratie die vordringlichste Aufgabe.

**HERABSETZUNG DES WAHLALTERS**

Die Delegierten der 7. Jugendkonferenz der IG Metall fordern alle Organe der IG Metall und des DGB auf, sich für die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre einzusetzen. Sie sind der Meinung, daß der junge Mensch mit 18 Jahren bereits in politischen Fragen mitentscheiden muß.

BERUFSAUSBILDUNG

Der technische Fortschritt und die damit verbundenen neuen Anforderungen machen eine Änderung der gegenwärtigen Ausbildungssysteme immer dringender. Die 7. Jugendkonferenz der IG Metall fordert:

Die Verringerung der bestehenden Lehr- und Lernberufe und Schaffung zeitwandelter Grundberufe; eine in sich durchlässige Berufsausbildung, die jeden die seiner Befähigung entsprechende Stufe erreichen läßt;

für alle Jugendlichen eine dreijährige niveaugleiche Grundausbildung in Lehrwerkstätten, Berufsfachschulen oder vergleichbaren Einrichtungen und die volle Anrechnung der darin zurückgelegten Zeit auf die folgende Berufsausbildung;

zwei Berufsschulstage mit mindestens 12 Stunden mit besonderer Betonung der Physik, des Politikunterrichts und der baldigen Einführung einer Fremdsprache.

Verabschiedung eines einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes nach den Vorschlägen des DGB, das die gesamte Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe unterstreicht und den Gewerkschaften die paritätische Mitbestimmung sichert.

BETREUUNG DER WEHRPFLICHTIGEN

Die Delegierten der 7. ordentlichen Jugendkonferenz bitten den Vorstand der IG Metall, für die Erfassung und Betreuung der wehrpflichtigen Jugendlichen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Erstellung von Arbeitsrichtlinien
2. Änderung der Quartalsmeldungen, so daß die Wehrpflichtigen und Ersatzdienstpflichtigen als „echte“ Mitglieder ausgewiesen werden.
3. Bereitstellung eines einheitlichen Betreuungsgeschenks für die Verwaltungsstellen, damit der Kontakt zwischen der Verwaltungsstelle und den eingezogenen Mitgliedern aufrechterhalten werden kann.

NEUFASSUNG DES BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZES

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz bittet den Jugendausschuß der IG Metall, einen Vorschlag für die Neufassung der Abschnitte des Betriebsverfassungsgesetzes zu erarbeiten, welche die Vertretung der Jugendlichen im Betrieb betreffen. Dabei sollen besonders die Fragen

- a) der Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Jugendvertretung
 - b) des Kündigungsschutzes
 - c) der Altersbegrenzung
 - d) der Jugendversammlungen
 - e) der Anzahl der Jugendvertreter
- berücksichtigt werden.

MINDESTURLAUB

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall fordert den Bundestag auf, sich in der Urlaubsgesetzgebung nicht länger den tarifvertraglichen Vereinbarungen zu verschließen und einen Mindesturlaub von 24 Tagen für alle Beschäftigten gesetzlich festzulegen.

ALTERSABSCHLÄGE

Die Delegierten der 7. Jugendkonferenz erwarten von der Tarifabteilung des Vorstandes der IG Metall, daß nur noch Tarifverträge abgeschlossen werden, in denen keine Altersabschläge enthalten sind.

BERUFSAUSBILDUNGSGESETZ

Die Jugendkonferenz bittet den Vorstand erneut, in Verbindung mit dem DGB auf den Gesetzgeber einzuwirken, schnellstmöglich ein Berufsausbildungsgesetz zu verabschieden, um eine einheitliche und zeitgemäße Berufsausbildung zu gewährleisten. Die Delegierten erwarten, daß die vom DGB-Bundesvorstand, Abt. Berufsausbildung, geplante Untersuchung (Befragung der Bundestagsabgeordneten) noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen veröffentlicht wird. (Einstimmig)

BILDUNGSPOLITIK

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik ist, wie viele Untersuchungen ergaben, unterentwickelt. Wir befinden uns im europäischen- und Weltmaßstab in einem Bildungsrückstand, der nur mit energischen Sofortmaßnahmen aufzuholen ist. Die 7. Jugendkonferenz der IG Metall fordert deshalb: Eine umfassende Schulreform und die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres; einer achtjährigen Einheitsschule mit entsprechenden Förderstufen hat sich ein differenziertes 9. Schuljahr anzuschließen. Es soll jedem Jugendlichen ermöglichen, sich in den seiner Befähigung gemäßen Berufsfeldern zu erproben und damit zu einer überlegten Berufswahl zu gelangen.

Berufswahllehrer sollen entsprechend dem schwedischen Vorbild ab der 7. Klasse die Berufswahlorientierung fördern. Realkundliche Lese- und Rechenbücher, Schulwerkstätten und Schullabors sowie Betriebsorientierungen können die Verbindung Schule – Arbeitswelt erleichtern. Das 10. Schuljahr ist als berufliches Grundbildungsjahr auszubauen; solange es nicht allgemein gilt, können Berufsfachschulen und andere berufliche Schulen diese Aufgaben übernehmen. Die in den Bundesländern angewandten verschiedenen Bildungspläne sind von der ständigen Konferenz der Kultusminister zu koordinieren. Schulversuche mit Tagesheimschulen müssen gefördert werden.

Diese Maßnahmen zur Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland setzen voraus, daß Jugendliche verschiedenster religiöser Bekenntnisse gemeinsam erzogen werden.

dieser unserer Sache von niemandem bevormunden lassen. Wir weichen nicht ab von dem Weg, gegen den Krieg mit all seinen Unmenschlichkeiten öffentlich zu demonstrieren. Wenn der DGB an diesem Tag keine Initiative ergreift, dann werden wir ihm am 1. September beweisen, was wir mit dem Antikriegstag meinen. Ich bitte die Delegierten der Jugendkonferenz, in diesem Sinne zu entscheiden.

(Beifall)

„Den Pressefotografen möchte ich sagen: Fotografieren Sie wen Sie wollen und was Sie wollen. Wir brauchen uns nicht vor Ihnen, Sie brauchen sich nicht vor uns zu verstecken – etwa hinter Blumenstöcken im Rathausfenster, wie das kürzlich in Frankfurt geschah, um die Archive des Verfassungsschutzes zu füllen.“
(Georg Benz bei seiner Begrüßung)

„Wenn ein junger Mensch auf der Stufenleiter des Erfolges nach oben steigen will, so kann er das am besten, wenn diese Leiter seinem Vater gehört.“
(Gert Lütgert, Abt. Jugend)

„Für uns sind 10 Gewerbeaufsichtsbeamte wichtiger als ein vollbesetzter Unteroffizierslehrgang.“
(Siegfried Müller, Abt. Jugend)

„Wir dürfen nicht von einem vollen Bauch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Staat schließen.“
(Franz Steinkühler, Stuttgart)

Kollege Karlheinz Schultheis (Frankfurt)

Ich bin der Meinung, daß die politische Strafjustiz unseres Landes sehr deutlich darüber Auskunft gibt, inwieweit sich der Demokratisierungsprozeß durchgesetzt hat. Ich meine, daß wir nicht sehr weit gekommen sind. Ich wende mich vor allem gegen das sehr einseitige Vorgehen unserer Strafverfolgungsbehörden, eine Tatsache, die in diesem Antrag nicht einwandfrei zum Ausdruck kommt. Gewisse Parallelen zur Weimarer Republik lassen sich deutlich erkennen. Auch damals wurde einseitig vorgegangen. Man kann in den Urteilen der damaligen Zeit nachlesen, daß die Verfolgung von politischen Verbrechen einen starken Linksdrall hatte. Man hat die linken Verbände überhaupt mehr verfolgt als die Rechtsverbände. Das gehört zu dieser Diskussion. Auch heute sind wir so weit, daß bei uns strikter Antikommunismus herrscht. Mit dieser Verfolgung fing es damals an. Ich möchte nicht die Erfahrungen der Weimarer Republik jetzt noch einmal in der Bundesrepublik mitmachen.

Kollege Otmar Günther**(Zur Notstandsgesetzgebung)**

Gerade jetzt ist dafür die richtige Zeit gekommen, um jetzt im Wahljahr hierüber mit den Abgeordneten ein Gespräch zu führen und hierzu die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses und der IG Metall zur Hand zu nehmen und zu fragen: Was haltet ihr davon, wie steht ihr dazu? Das ist nach meiner Meinung eine legale, demokratische, positive Haltung. Wir wollen uns mit allen Argumenten auseinandersetzen, offen und frei, so wie es auch der Kollege

Benz heute morgen in seinen Ausführungen gesagt hat, weil wir der Auffassung sind, daß unsere Argumente logisch und durchschlagend sind.

Kollege Josef Schürmann (Oldenburg)

Kollegen, wenn unsere Gewerkschaftsmitglieder, die Bundestagsabgeordnete sind, für eine Notstandsgesetzgebung plädieren, so möchte ich mit aller Eindeutigkeit feststellen: Sie gehören einfach nicht in unsere Reihen.

(Beifall)

Es geht nicht zusammen, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und für die Notstandsgesetzgebung einzutreten. Denn durch die Notstandsgesetzgebung werden die Rechte der Arbeiter unterhöhlt. Dann ist es futsch mit unserer Demokratie, mit unserer freien Meinungsäußerung und mit unserem Streikrecht.

Kollege Volkmar Heusel (Frankfurt)

Von einem meiner Vorredner wurde so schön vom Gewissen unserer Abgeordneten gesprochen. Wenn das Gewissen unserer Abgeordneten so klein ist, daß man es mit dem Parteibuch verdecken kann, ist es gewiß nicht das Richtige ...

Wir sollten hier eine Aussage machen, die wirklich eine Aussage ist. Wir können jeden, wir können auch Bundeskanzler Erhard auffordern, unsere Beschlüsse zur Grundlage zu nehmen. Das können wir. Wenn wir aber unseren Kollegen sagen: Kollege, du bist Gewerkschaftsmitglied, möglicherweise warst du auch bei unserem Gewerkschaftstag dabei, du hast mit darüber abgestimmt, im Bundestag vertrittst du eine ganz andere Haltung – wie das von Bundesvorstandsmitgliedern des DGB geschehen ist – dann müssen wir feststellen, daß es sich keinesfalls um Nötigung handelt, wenn wir diesen Kollegen nahelegen, nicht mit seinem Gewissen zu jonglieren und einmal diese, einmal jene Meinung zu vertreten. Sie sollen klar sagen, daß sie sich zur Gewerkschaft bekennen und auch deren Beschlüsse im Parlament vertreten, oder sie sind es nicht.

(Beifall)

Kollege Albert Schröder (Friedrichshafen)

Natürlich akzeptieren auch wir die Freiheit jedes einzelnen, auch eines Abgeordneten, der DGB-Mitglied ist. Aber sehen wir einmal klar: warum kommen eigentlich so viele, viele SPD-Abgeordnete in die Parlamente hinein? Nur weil sie unter dem Namen Gewerkschaftsfunktionäre firmieren, darum werden sie doch gewählt.

Kollege Peter Birk (Düsseldorf)

Wie lange wollen wir als Gewerkschaftskollegen noch tolerant bleiben? Meines Erachtens gibt es bei der Notstandsgesetzgebung überhaupt keine Toleranz. Die Toleranz in der Gewerkschaftsbewegung – das hat die Vergangenheit gezeigt – ging so weit, daß wir erst wach wurden, als die ersten Funktionäre in den Konzentrationslagern oder in den Gefängnissen saßen.

(Beifall)

Kollege Otmar Günther

Daß die Gewerkschaftsjugend eine politisch bewußte Jugend ist, hat auch diese Jugendkonferenz eindeutig unter Beweis gestellt. Sicherlich hat das geschichtliche Datum, zu dem diese Jugendkonferenz stattfand, auch seine Rückwirkungen auf diese Konferenz gehabt, so daß die eine oder andere politische Frage unter diesem Aspekt auch an Aktualität gewann und daher mit größerer Vehemenz zum Ausdruck kam.

Bestellschein:

Falls Sie elan abonnieren wollen, füllen Sie bitte diesen Bestellschein aus und senden Sie diesen an:

Redaktion e l a n, 46 Dortmund, Kuckelke 20.

Ein elan-Jahresabonnement kostet DM 5,— zuzüglich DM 2,— Zustellgebühr. Bitte senden Sie diesen Betrag auf unser Postscheck-Konto Frankfurt/M. 2032 90.

Übrigens: e l a n gelesen – dabei gewesen!

NAME _____

VORNAME _____

WOHNORT _____

STRASSE / NR. _____

Unterschrift _____



Wir haben klaren Kurs

OTMAR GÜNTHER, Abteilung Jugend beim IGM-Vorstand

An dieser Stelle ist es an der Zeit, klar auszusprechen: Die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit, die sich darauf beschränkt, die jeweils unmenschlichsten Auswirkungen des kapitalistischen Systems abzumildern, hat nichts weiter fertiggebracht, als die Arbeiterbewegung in einen kaum veränderten Sozialkapitalismus einzugliedern.

Es ist unrealistisch, wenn man jeden unmittelbaren Kampf für eine Veränderung der Gesellschaft bis zur Reifestunde verschiebt, das heißt bis zu dem Augenblick, in welchem man die Gesellschaft oder die Mehrheit des Volkes für reif hält, am Wahltag eine politische Entscheidung zu treffen, die in einer parlamentarischen Demokratie ein Parlament zur Folge hat, das sich wahrhaft für die Mehrheit des Volkes sorgt. Eine derartige Politik zu betreiben, zu glauben, auf diesem Wege zu einer Veränderung der Gesellschaft zu gelangen, ist eine Politik, die das Erstrebte unerreicht macht.

HURRA-POLITIKER

Wer dennoch diese Lehren predigt und diese Marsch- und Kampfesrichtung anzeigt, führt die Arbeiterbewegung bewußt oder unbewußt in eine politisch prekäre Situation. Man bewirkt damit nicht nur einen Kräfteverlust der Arbeiterbewegung, eine Demoralisierung und einen Skeptizismus unter den Arbeitern, sondern man bewirkt auch eine gefährliche Abwendung der Jugend von der Politik.

Die Jugendlichen, die sich in der Politik engagieren, werden als „Hurra-Politiker“ bezeichnet, weil sie sich für eine Welt ohne Bombe aussprechen. Sie werden als „nützliche Idioten des Ostens“ bezeichnet, wenn sie sich für eine Welt ohne Atombomben, für eine friedliche Welt einsetzen, indem sie Ostern keine Ostereier suchen, sondern bei Wind und Regen neben ihrem politischen Bekenntnis auch die Aktivität setzen und sich als freie Staatsbürger am Ostermarsch beteiligen ... (Starker Beifall)

Wir wünschen, daß die jungen Gewerkschafter in den politischen Parteien sich aktiv als junge Arbeitnehmer betätigen. Wir als Gewerkschaftsjugend haben dazu vom Bundeskongreß des DGB in Hannover noch einmal ausdrücklich den Auftrag bekommen, als dieser bestätigte, daß die Gewerkschaftsjugend eine politische Aufgabe hat. Das kommt ebenso im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck.

DER GEGENSATZ KAPITAL UND ARBEIT

Die Schwierigkeiten und die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sind trotzdem nicht geringer geworden. Wir dürfen uns also nicht täuschen lassen und glauben, die Probleme wären heute geringer geworden, wir dürften heute sorgloser sein.

Es bedarf immer noch der ganzen Aufmerksamkeit der jungen Generation und ihres ganzen Einsatzes, damit wir der uns nachfolgenden Jugend eine verbesserte, sozialere und gerechtere Gesellschaft und somit eine gesicherte Zukunft bieten können. Daran zu arbeiten wird auch die Aufgabe für die nächsten Jahre sein.

Halten wir es mit dem Spruch von Bert Brecht, der auch als Leitsatz unserem Geschäftsbericht vorangestellt wurde: Wer seine Lage erkannt hat, muß auch bereit sein, sie zu verändern. (Starker Beifall)

Halten wir uns daran für die kommenden Jahre.



Gedanken zum 8. Mai

GERHARD SCHOENBERNER, Schriftsteller

1945 schien nicht nur die Niederlage der Nazis gekommen, sondern der endgültige Bankrott des alten Gesellschaftssystems in Deutschland, das zwei Weltkriege und den Faschismus aus sich hervorgebracht hatte.

Die Vertreter der alten geschlagenen Ordnung wie die neuen demokratischen Kräfte waren überzeugt von der Endgültigkeit und Unwiderruflichkeit dieser Zäsur. Alle Parteien, auch die bürgerlich-konservativen, gaben sich antifaschistisch-demokratisch und erklärten Frieden und Sozialismus zu ihren vornehmsten Zielen. Heute, 20 Jahre später, leben wir in einer Welt, deren Rückkehr 1945 kein Mensch für möglich gehalten hätte, und das gilt durchaus im doppelten Wortsinn: im guten wie im schlechten. Die Bundesrepublik ist die zweitgrößte Industriemacht des Westens und besitzt die größte Armee auf dem europäischen Kontinent.

Wir haben eine positive Außenhandelsbilanz und einen Wehretat von 20 Milliarden Mark. Die westdeutsche Industrie, die Hitler an die Macht half und an seinem Raubkrieg verdiente, ist zum dritten Male ins Rüstungsgeschäft eingestiegen ... Prominente Diener des Hitler-Reiches erhalten vom neuen Staat Pensionen für die Dienste, die sie dem alten geleistet haben. Andere nehmen Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft ein, während Widerstandskämpfer bereits öffentlich verleumdet werden können. Ministerialbürokratie und Verwaltung, Justiz und Polizei, Geheimdienst und Armee sind durchsetzt mit Funktionären des Dritten Reiches.

Politisierung der Straffjustiz, klerikale und obrigkeitliche Bevormundung unseres öffentlichen Lebens, Rückständigkeit und Unrecht unseres Bildungssystems, unseres Sozial- und Bildungswesens, unserer Wohn- und Verkehrsverhältnisse, Abbau der sozialen Sicherungen der arbeitenden Bevölkerung und Einschränkung der Bürgerrechte kennzeichnen die Tendenzen der Entwicklung im Inneren.

Unsere Außenpolitik ist geprägt durch eine Fehleinschätzung des politischen Kräfteverhältnisses in der Welt, durch den Irrationalismus von Forderungen, die auf friedlichem Wege nicht mehr durchgesetzt werden können. Und wie schon einmal nach dem Ersten Weltkrieg weigern wir uns auch jetzt wieder, die Niederlage und die Folgen, die dieser Zweite Weltkrieg gebracht hat, zu akzeptieren.

Ein primitiver Antikommunismus, der die Gegenseite als tödliche Bedrohung dämonisiert, gegen die jedes Mittel recht erscheinen muß, diffamiert jede ernsthafte Opposition als Schützenhilfe für den äußeren Feind. Immer lauter wird darauf gedrängt, den kleinlichen Parteistreit zu begraben und in den sogenannten Lebensfragen der Nation zusammenzustehen. Wo solche Worte fallen, ist der Frieden ebenso bedroht wie die Demokratie ...

In Wirklichkeit geht es darum, die historischen Fakten zur Kenntnis zu nehmen, aus den so teuer bezahlten Irrtümern der Vergangenheit zu lernen, die Entwicklung in ihren Zusammenhängen zu begreifen, die unbekannten Ursachen der bekannten Folgen zu durchschauen, der eigenen Verantwortung und Interessenlage bewußt zu werden und sie künftig besser wahrzunehmen. Wir entinnen der Vergangenheit nicht, indem wir sie aus unserem Gedächtnis verdrängen. Nur wenn wir die Lehren der Geschichte verstehen und sie auf die Praxis unseres gesellschaftlichen Lebens anwenden, können wir uns von dem Erbe der Hitler-Barbarei befreien und für das deutsche Volk eine Zukunft gewinnen, die die Fortsetzung unseres geschichtlichen Irrweges ausschließt.

Politik ist kein unabwendbares Schicksal. Sie wird von Menschen gemacht und sie kann von Menschen verändert werden.



Unsere Gretchenfragen

GERT LÜTGERT, Abteilung Jugend beim IGM-Vorstand

Zur Bewußtseinsbildung gehört auch heute noch, wie in den Anfängen der Arbeiterbildung, das kritische Erkennen der Umwelt. Wir kommen dabei zu einem Ergebnis, daß die Gesellschaft, in der wir Gewerkschafts- und Bildungsarbeit zu leisten haben, eine Klassengesellschaft ist. Das zu erkennen ist für viele Jugendliche heute nicht immer leicht. Ein junger Mensch, der im Jahre 1965 erfahren will, in welcher Gesellschaft er lebt, muß erst einmal einen ganzen Haufen von geistigem Unrat wegräumen.

FRÜHER: FETTE UNTERNEHMER

Es scheint uns, als sei das früher für unsere Väter einfacher gewesen. Da waren die Unternehmer fett, rauchten Zigarren, fuhren in Kutschen und lebten in Villen, hatten gebildete Söhne und klavierspielende Töchter. Die Arbeiterfamilien waren krank, lebten in Notunterkünften, hatten nichts zu essen und waren ungebildet.

Den Klassencharakter der Gesellschaft konnte man mit Händen greifen. Dank der Aktivität der Arbeiterbewegung und Dank des technisch-industriellen Fortschritts sind heute diese Merkmale nicht mehr so entscheidend und sie spielen nicht mehr die Rolle. Die Frage, die wir heute zu klären haben, ist: wer besitzt und verfügt über Produktionsmittel?

HAT JEDER SEINE CHANCE?

Man versucht, dem arbeitenden Menschen glaubhaft zu machen, die soziale Frage sei in der Bundesrepublik gelöst, die Klassegegensätze seien beseitigt, und man habe als junger Mensch jede Chance, in der Gesellschaft vorwärts zu kommen. Damit werden aber die tatsächlichen Verhältnisse vertuscht. Aber nicht nur am 1. Mai wird in den Aufrufen der Unternehmerverbände solcher Unfug verkündet, auch in den Betrieben werden derartige Parolen gang und gäbe. Dort heißt es:

Wir ziehen an einem Strang! Wir sitzen in einem Boot! Wir sind eine Familie! Jeder kann selbst Unternehmer werden!

Alle diese Parolen dienen dem gleichen Zweck: Erzeugung von falschem Bewußtsein ...

Der Ausgangspunkt für alle Jugendbildungsarbeit der IG Metall bleibt die Arbeitswelt. Der Betrieb ist der beste Ort, an dem unsere jungen Menschen noch erkennen können, in welcher Gesellschaft sie leben. Er ist der einzige Ort, in dem ohne weiteres die ungerechte Ordnung der Gesellschaft noch erkannt werden kann.

Hier haben wir fremdbestimmte Arbeit zu leisten, hier sind wir weiterhin Untertan, hier wird uns deutlich, daß das Gerede von den Aufstiegschancen ein Märchen ist. Hier wird der Klassencharakter deutlich. Im Freizeitbereich sind derartige Erkenntnisse für junge Menschen nicht so einfach zu finden ...

Ein modernes Plakat macht noch keine moderne Bewegung. Ob eine Organisation und eine Persönlichkeit modern ist oder nicht, läßt sich am ehesten an den Lösungen erkennen, die diese Organisation, dieser Mensch für die brennenden Fragen unseres Lebens und unserer Gesellschaft anzubieten haben.

Für uns heißt das heute, wir müssen fragen: Wie hältst Du's mit der Mitbestimmung? Wie hältst Du's mit der Abrüstung? Welche Haltung hast Du zur Eigentumsfrage? Wie stehst Du zu den Bildungsproblemen?

... NACH DEN KLASSEN-FRAGEN

Die Antworten auf diese entscheidenden Fragen sind zugleich auch die Antwort auf die Frage, ob jemand konservativ oder fortschrittlich ist!



Foto: rose

Zum neuen Aktionsprogramm des DGB

Es geht um echte Mitbestimmung

Von Günther Rombey, Köln

Erst unter dem Druck einer Urabstimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Bergbau (95 % in der Stahlindustrie und 93 % im Bergbau sprachen sich für einen Streik aus) mußte der Bundestag 1951 das Montanmitbestimmungsgesetz verabschieden.

Die übrigen Wirtschaftsbereiche wurden von einer Mitbestimmung ausgeschlossen.

Die Gewerkschaften hofften, daß sich ihre Forderung nach Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft in dem noch zu erwartenden Betriebsverfassungsgesetz niederschlagen würden.

Aber hier sahen sie sich enttäuscht. Als der Entwurf 1962 endgültig vorlag, und dieses Gesetz weniger Rechte für die Betriebsräte enthielt, als die bestehenden Ländergesetze, fühlten sich die Arbeitnehmer betrogen.

Vor der Verabschiedung im Bundestag kam es zu einer Welle von Protestkundgebungen, Demonstrationen und Warnstreiks. Trotzdem verhinderten die Regierung und die Mehrzahl der Abgeordneten die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen. Das Betriebsverfassungsgesetz in der vorliegenden Form wurde gegen den Willen der Arbeitnehmer verabschiedet. Die Gewerkschaften halten seine Bestimmungen nach wie vor für unzureichend.

Aber nicht nur das. Durch Umwandlung der großen Hütten- und Bergwerksgesellschaften in sogenannte Holding-Gesellschaften werden Bestimmungen des Montanmitbestimmungsgesetzes umgangen und die Mitbestimmung in weiten und wesentlichen Bereichen ausgeschaltet. Die geringen Rechte der Betriebsräte aus dem Betriebsverfassungsgesetz werden durch die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, die den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Unternehmer juristisch rechtfertigen, mehr und mehr eingeschränkt.

Das neue Aktionsprogramm

Die bestehende Situation zwingt die Gewerkschaften, ihre Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung wieder in den Vordergrund ihres politischen Kampfes zu stellen.

Die neudurchdachten Forderungen des Aktionsprogrammes verlangen: Die absolute Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft; Betriebs- und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen mitbestimmen; die Rechte der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen sollen erweitert werden; alle Großunternehmen müssen Arbeitsdirektoren und paritätisch besetzte Aufsichtsorgane erhalten.

Die politischen Ziele dieser Forderungen sind eindeutig und klar:

Die einseitige Herrschaftsstruktur soll ausgeglichen werden. Die Demokratie soll nicht am Fabrikator haltmachen, sondern alle Lebensbereiche der Arbeitnehmer umfassen.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1962 hat die Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer – wie sie im Grundsatzprogramm des DGB von 1949 festgelegt ist – wieder in die sozialpolitische Diskussion gebracht.

Eine Anzahl von DGB-Gewerkschaften trug mit dazu bei, daß diese Forderung auch im neuen Grundsatzprogramm des DGB und im Aktionsprogramm, welches offiziell am 1. Mai dieses Jahres verkündet wurde, an zentraler Stelle steht. Die Forderung soll – darum wurde sie ins Aktionsprogramm übernommen – in absehbarer Zeit verwirklicht werden.

Mitbestimmung – keine neue Forderung

Was wird unter dem Begriff „Mitbestimmung“ verstanden? Der Arbeitnehmer soll sowohl am Arbeitsplatz als auch im gesamten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich nicht mehr fremdbestimmt werden, sondern in all diesen Fragen mitbestimmen. Durch die Verwirklichung der Forderung nach Mitbestimmung sollen demokratische Formen auch auf das Arbeitsleben und auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden. Erst dadurch wird nach Auffassung der Gewerkschaften die Voraussetzung zur Demokratie geschaffen.

Die Idee der Mitbestimmung hat in der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer eine bedeutende Rolle gespielt.

Die Mitbestimmung soll sicherstellen, daß die Interessen der Arbeitnehmer im Betrieb Vorrang haben vor den Interessen des Kapitals und des Profits. Sie hat die Aufgabe, in das einseitig nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten ausgerichtete Wirtschaftssystem gewisse demokratische Elemente zu bringen.

Die Mitbestimmung soll die einseitigen Entscheidungen der Unternehmer und Manager einschränken.

Nach und nach, in dem Maße, wie sie ausgebaut werden kann, sollen die Arbeitnehmer Einfluß gewinnen auf die Gestaltung und den Lauf des Wirtschaftsprozesses.

Eine verwirklichte Mitbestimmung ist ein Fortschritt auf dem Wege zur Selbstbestimmung des arbeitenden Menschen.

Eine verwirklichte Mitbestimmung – und damit die Kontrolle der Arbeitnehmer in der Wirtschaft – kann verhindern, daß wirtschaftliche Macht politisch mißbraucht und bewirken, daß ein zweites 1933 in Deutschland unmöglich wird.

In der ersten Phase der Gewerkschaftsbewegung verstand man unter Mitbestimmung lediglich die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner.

In der zweiten Phase, nach dem ersten Weltkrieg, wurden die Ziele weitergesteckt, und der ADGB-Kongreß 1919 forderte bereits die volle

wirtschaftliche Mitbestimmung, die in eine Wirtschaftsdemokratie münden sollte.

Ähnlich wie heute waren damals die einzelnen politischen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften unterschiedlicher Auffassung über die Rolle, die die Wirtschaftsdemokratie innerhalb der Gesamtkonzeption der Gewerkschaften zu spielen hatte.

Die Vertreter des Rätegedankens ließen sie bestenfalls als einen Schritt auf dem Wege zur Selbstbestimmung – zur Alleinherrschaft der Arbeiterklasse – gelten.

Der rechte Gewerkschaftsflügel sah in ihr die Voraussetzung zu der später auch praktizierten Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden.

Für die christlichen Gewerkschaften war die Wirtschaftsdemokratie ein Bestandteil ihrer Vorstellungen von einer berufsständischen Ordnung.

Die Arbeiterschaft fühlt sich betrogen

1949, nachdem die Arbeiterschaft den überwiegenden Teil der Lasten des Wiederaufbaues getragen hatte, hielten die Gewerkschaften den Zeitpunkt für gekommen, endlich ihre Forderung nach Mitbestimmung zu verwirklichen und gleichzeitig eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verlangen.

Auf dem Gründungskongreß des DGB 1949 in München wurde die Forderung nach Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in das neue Grundsatzprogramm des DGB übernommen und ergänzt durch die Forderung nach einer geplanten Wirtschaft, Beseitigung der privaten Machtpositionen, Vergesellschaftung der die Wirtschaft beherrschenden Unternehmen (Bergbau, Stahlindustrie, Großchemie, Banken), gemeinwirtschaftliche Ordnung, sowie Gerechtigkeit in der Vermögensverteilung.

Die Ausgangsposition zur Durchsetzung des Programms schien günstig, da nach 1945 die sinnlose Aufspaltung in verschiedene Richtungsgruppen überwunden war und die politischen Parteien – selbst die CDU in ihrem Ahlener Programm – sich zu diesen Forderungen bekannten.

Die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung aus dem Grundsatzprogramm wurde in einem entsprechenden Gesetzentwurf den Abgeordneten des Bundestages im Mai 1950 vorgelegt. Es machte sich jedoch bereits ein starker Widerstand gegen die gewerkschaftlichen Vorstellungen bemerkbar. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die Unternehmer – inzwischen wiederorganisiert – den offenen Kampf gegen die Forderungen der Gewerkschaften aufnahmen. Sie fanden im Parlament Unterstützung.

Natürlich sollen Sie mitbestimmen,

und zwar möchten wir,

daß Sie unseren nächsten

Betriebsausflug organisieren.

(Aus: Der Gewerkschafter)



elan-Gymnastikexpertin Ilonka rät:

So bleiben Sie schön!

Gymnastik ist nicht nur ein melodisches Fremdwort, sondern ein längst bei uns heimisch gewordener Sport. Mit dem Blick auf die Uhr macht Gymnastik keinen Spaß. Machen Sie die Übungen nachmittags oder auch abends, auf dem Teppich oder im Garten, wann und wo Sie gerade Gelegenheit dazu haben. Nach Möglichkeit barfuß. Und zeigen Sie nicht mit der Zeit; 15 Minuten sollten das Mindestmaß sein.

Wichtig ist, daß Sie nicht mit kalten, steifen Gliedern schwierige oder ruckartige Übungen machen. Es könnte einen Muskelriß geben. Fangen Sie am besten mit Lockerungsübungen an, z. B. Schwingen, Pendeln, Kreisen von Beinen, Oberkörper, Armen, wobei es zunächst auf eine lockere, also unsportliche Haltung ankommt.

Für diejenigen unter Ihnen, die noch niemals Gymnastik betrieben haben, geben wir nebenstehend einige Tips. Sie werden bald von selbst darauf kommen, daß sämtliche Übungen sich unendlich variieren lassen. Nur frischen Mut! Ein etwaiger Muskelkater braucht Sie nicht zu beunruhigen und ist vor allem kein Grund, mit der Gymnastik wieder aufzuhören oder auszusetzen.

Versuchen Sie ruhig, etwas Rhythmik in Ihre Gymnastik hineinzubringen. Zählen Sie einfach mit, z. B. so: 1- und 2- und 3- und 4- und oder summen Sie einen Schlager, der im Rhythmus dazu paßt. Sie werden sehen, wieviel Spaß Ihnen die Sache macht.

Leicht und locker schwingen. Sie können für diese Übung auch Keulen oder Flaschen benutzen.

Gut für Ihre Oberschenkel und Waden ist diese Übung.

Versuchen Sie mit der ganzen Hand den Boden zu berühren, auch wenn es wehtut.

fotos: molik

Bücher

"DIE LEBENDEN UND DIE TOTEN", der Roman von Konstantin Simonow gehört zu den interessantesten Werken der sowjetischen Kriegsliteratur. Hier schreibt ein Mann, der sich mit offenen Augen umgesehen hat, über die erste Periode nach dem Überfall der deutschen Truppen auf die Sowjetunion. Nüchtern, sachlich erzählt Simonow von Menschen, die vor Entscheidungen gestellt werden. Ein ungewöhnlich interessantes Buch, das inzwischen auch verfilmt wurde.

(DIE LEBENDEN UND DIE TOTEN von Konstantin Simonow, Ganzleinen, Kindler-Sonderausgabe, Preis: 14,80 DM)

DER JUNGE ARNOST LUSTIG hat mit seinen Büchern weit über die Grenzen der CSSR hinaus Anerkennung und Beachtung gefunden. „Demanten der Nacht“ ist eine Sammlung von Erzählungen aus der Zeit der faschistischen Besetzung und der Judenverfolgung, von denen einige bereits verfilmt wurden und auch bei uns zu sehen waren. Für Diskussionen und Lesestunden in Jugendgruppen sehr geeignet.

(DEMANTEN DER NACHT von Arnost Lustig 448 Seiten, Ganzleinen, Verlag Arta/Dausien, Hanau, Preis: 16,60 DM)

EINE STUDIE MIT PROBEN UND PORTRATS nennt Hans Peter Anderle seine Visitenkarte der bekannteren Schriftsteller der DDR. Zweifelloos ein begrüßenswerter Versuch, Tabus abtragen zu helfen und dem westdeutschen Leser Unbekannte und Unbekanntes näher zu bringen. Wenn dieser Versuch zwitterhaft anmutet, dann deshalb, weil das Bemühen des Autors um Sachlichkeit nicht übersehen werden darf, obwohl man ihn andererseits wiederholt bei dem Versuch ertappt, sich der herrschenden Sprachregelung anzupassen. Bedingt empfehlenswert.

(MITTELDEUTSCHE ERZÄHLER von Hans Peter Anderle, Leinen, 272 Seiten, Verlag Wissenschaft & Politik, Preis: 19,80 DM)

LESEERFAHRUNGEN mit Martin Walser zu machen ist anstrengend, doch ein Vergnügen zugleich. Martin Walser macht es sich und dem Leser nicht einfach. Er provoziert zum Mitdenken. Seine scharfen und spritzigen Aufsätze, besonders „Ein deutsches Mosaik“ und „Einheimische Centauren“ sind ein ausgesprochenes Vergnügen. Für leseerfahrene Jugendliche ist das kleine Buchlein sehr empfehlenswert.

(ERFAHRUNGEN UND LESEERFAHRUNGEN von Martin Walser, Edition Suhrkamp, 162 Seiten, DM 3,-)

ABENTEUER besteht der Leser in den Romanen des großen Abenteuer-Schriftstellers Jack London in gegensätzlichen und verschiedenen Teilen der Erde. Nur eines haben alle Werke Jack Londons gemeinsam. Sie sind packend geschrieben. Ob in Alaska unter den Goldgräbern oder in der Südsee: Londons Helden leben. Kein Wunder, wenn man weiß, daß London viele Abenteuer in der ganzen Welt selbst bestanden hat.

(ALASKA-KID und SÜDSEEGESCHICHTEN von Jack London, Universitas Verlag, 156 bzw. 154 Seiten, je DM 2,50)

BOSSE, KARRIEREMACHER, KORRUPTER POLITIKER präsentiert Louis Aragon in „Die Viertel der Reichen“, einem weiteren Band aus seinem Roman-Zyklus „Die wirkliche Welt“. Auch dieser Band, der den Leser in das Frankreich vor dem 1. Weltkrieg führt, zeichnet sich durch eine leidenschaftliche Gesellschaftskritik aus. Nicht umsonst zählt man Aragon zu den großen Prosadichtern des modernen Frankreich. Dem Kindler-Verlag ist zu danken für die Herausgabe dieses Zyklus, dessen Übersetzung Stephan Hermlin besorgte.

(DIE VIERTEL DER REICHEN von Louis Aragon, 770 Seiten, Dünndruck, Ganzleinen, Kindler-Verlag, München, Preis: 26,80 DM)

SPANNEND UND BELIEBT sind seit langem „Goldmanns Taschenkrimis“. Schier unerschöpflich scheint der Vorrat zu sein. Hier vier spannungsgeladene Taschenbücher (DM 2,40) aus dem Wilhelm Goldmann Verlag München.

FEUER IM SCHLOSS von Edgar Wallace, Band 1063) (DER MANN VON MAROKKO von Edgar Wallace, Band 124)

(MORPHIUM von Agatha Christie, Band 206) (NACHTS AUF DER BRÜCKE von J. B. O'Sullivan, Band 2078)

BARBI HENNEBERGER, der vor einem Jahr auf tragische Weise ums Leben gekommenen Skiläuferin, ist dieses Buch gewidmet. Heinz Maegerlein, Fritz Wagnerberger, Willy Bogner und andere ergänzen das Porträt, das von der Bergschriftstellerin und Freundin der Familie Henneberger, Erica Schwarz, geschrieben wurde.

(BARBI HENNEBERGER, Bildnis eines jungen Lebens von Erica Schwarz, Verlag Bartels & Wernitz Berlin, 184 Seiten, 48 Abbildungen, DM 12,80)

SCHMUNZELND betrachtet der Leser Filmfotos und dazugehörige freche Sprechblasen, die Elke und W. G. Backert zusammengestellt haben. Das neue „Schmunzelbuch“ aus dem Hause des PARDON sollten auch Sie sich, wenn Sie Spaß vertragen können und nicht prude sind, zulegen.

(DIE FRIVOLE LEINWAND, entrollt von Elke und W. G. Backert, Verlag Bärmeier & Nickel Frankfurt, 64 Seiten, DM 6,80)

BJR und Festival

FRAGE: Warum werden die Weltjugendfestspiele in Algerien nicht vom Bundesjugendring unterstützt? Ich bin der Meinung, daß gerade der BJR die Weltfestspiele fördern müßte, weil das dem erklärten Willen vieler in den Jugendverbänden organisierter Jugendliche entsprechen würde.

Inge Schott, Mülheim-Ruhr

Antwort: Leider hat sich der Bundesjugendring (BJR) noch nicht aus dem selbstgewählten Abseits gegenüber dem Festival herausbegeben, obwohl in zahlreichen Mitgliedsverbänden die Forderung nach einer Teilnahme am Algier-Festival immer stärker vertreten wird. Eine offizielle Beobachterdelegation werden die Naturfreunde entsenden; offiziell werden der SDS, der LSD und die Jungdemokraten, sowie die DJG und eine Reihe weiterer Jugendverbände vertreten sein.

Und leider besagen uns vorliegende, zuverlässige Informationen, daß von staatlichen Instanzen ein massiver Druck ausgeübt wird, um eine Teilnahme weiterer Jugendorganisationen zu ver- bzw. behindern. Musterbeispiel für provokative Anti-Aktionen sind wiederholt abgegebene unsachliche Erklärungen von Seiten des „Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit“, das selbst vor primitiven und böartigen Diffamierungen gegenüber den algerischen Gastgebern nicht zurückschreckte.

Trotz solcher Aktivitäten gewisser Bonner Musterknaben wird das Festival in Algier, das steht bereits jetzt fest, eine Rekordbeteiligung aufweisen. Und fest steht ebenfalls, daß zahlreiche Mitglieder und Funktionäre von im Bundesjugendring vertretenen Jugendverbänden in Algier dabei sein werden.

Liliput-Staat

FRAGE: Welches ist der kleinste Staat der Erde?

Antwort: Weder Monaco (20 400 Einwohner, 1,5 qkm), noch San Marino (15 000 Einwohner, 60,5 qkm), sondern der „Stato della Città del Vaticano“, im Volksmund Vatikanstadt genannt. Er ist 0,44 qkm groß und zählt 1060 Einwohner. Er verfügt über eine eigene Armee; jeder dritte Einwohner ist Soldat, jeder siebente Priester. Neben einer eigenen Justiz verfügt er über eine eigene Währung (vatikanische Lira), Bahnhof, Post und Telegraf, Rundfunk, Nachrichtenagentur und sogar über ein eigenes Gefängnis. Der Zwergstaat ist einer der reichsten Staaten der Welt. Seine Gold- und Devisenreserven belaufen sich auf ca. 12 Milliarden Dollar.

Lebensrunne?

Frage: Als Jugendsprecher und Jugendfunktionär der IGBE komme ich viel mit Jugendlichen zu ammen. Häufig taucht bei Diskussionen die Frage auf, welche Bedeutung das Ostermarsch-Abzeichen hat.

Wolfgang Willuweit, 42 Oberhausen-Osterfeld, Flöz-Laura-Straße 14.

Die große Anfrage

Zum parlamentarischen Traverspiel um die Verjährung / Von Karl Friedrich Hübsche

Doch mit Kaduks leben?

„Ich nehme mir die Freiheit, zu sagen, daß dieser Tag dem Parlament zur Ehre gereicht hat.“ Mit diesen Worten schloß Professor Carlo Schmid am 10. März dieses Jahres die Verjährungsdebatte des Deutschen Bundestages. Er hatte, was die Debatte betrifft, weitgehend recht.

Optimisten sahen schon die Morgendämmerung einer echten Bewältigung der Vergangenheit, ja sogar einer echten demokratischen Entwicklung heraufziehen. Sie vergaßen jedoch, daß die politischen Taten in diesem Staat nur sehr wenig mit den schönen Reden gemeinsam haben, von denen sie begleitet werden. Sie vergaßen auch, daß in der Ministerialbürokratie — die dem Parlament auf dem Gebiete der Gesetzgebung den Rang abzulufen droht — noch so mancher kleine Globke, in der politisch so

übermächtigen Industrie noch die Krupps, Flicks, Thyssens und ihnen geistesverwandte Typen das Sagen haben.

Und sie vergaßen endlich, daß in eben diesem Parlament mehr braune Hemden versteckt sind, als man nach Durchsicht der Steckbriefe im „Amtlichen Handbuch des deutschen Bundestages“ vermuten möchte. In schöner Gemeinsamkeit hatte man jahrelang alles getan, um möglichst viele dieser bestialischen Mörder laufenzulassen. Man hatte wie selbstverständlich einen ehemaligen Nazi an die Spitze (nur dorthin?) der Ludwigsburger „Zentralstelle“ zur Aufklärung von NS-Verbrechen gestellt. Man hatte geflissentlich alle Belastungsmaterial-Angebote aus den Ostblockstaaten — dem früheren Hauptbetätigungsfeld der braunen Mörder — abgelehnt.

Die Hürde (8. Mai 1965) war schon fast genommen, da passierte es: Die Weltöffentlichkeit — Ost und West, einig wie selten — protestierte unüberhörbar gegen die stillschweigende Verjährung der Nazi-Untaten. In ihren Protest mischten sich die warnenden und mahnenden Stimmen der politisch Wachen — vor allem Jugendliche und Jugendverbände — im eigenen Land. Nun mußte man nach ungeschickten Ausweichmanövern konkret Stellung nehmen. Die offenen Worte einiger Abgeordneter in der oben erwähnten Bundestagssitzung beruhigten zunächst einmal die Mahner im In- und Ausland. Diese Ruhe versuchte man in der Öffentlichkeitsscheuen Atmosphäre interfraktioneller Kungelei zu nutzen, um den faulen Kompromiß auszuarbeiten, der dann am 25. März ohne große Debatten über die Bühne des Plenums ging:

Hinausschiebung des Beginns der Verjährung auf den 31. 12. 1949, also Verlängerung der Verjährungsfrist um viereinhalb Jahre bis zum 31. 12. 1969.

Die Mörder könnten nach dem Willen des Parlamentes wieder ruhig schlafen. Nur wenige von ihnen würden innerhalb der verlängerten Frist das Mißgeschick haben, in die Fänge der Justiz zu laufen. Und den meisten von ihnen könnte man schon jetzt versichern, daß sie von der vollen Milde des Gesetzes getroffen werden. Dafür würde die bekannte Besetzung unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften garantieren.

Helfen würde ihnen dabei das Gesetz über die Durchführung der Verjährungsvorschriften, das zur weiteren Beratung dem Innenau.schu.ß des Bundestages vorliegt. Wenn es den Sinn der ersten Fassung beibehielte, gäbe es einem Staatsanwalt mit „rechter Gesinnung“ die Möglichkeit, selbst bei Tätern von Format eines Martin Bormann von der Erhebung der Anklage abzusehen.

Unter diesen Aspekten betrachtet, wird auch die Abordnung von 50 weiteren Staatsanwälten nach Ludwigsburg auf das rechte Maß seiner Bedeutung zurückgeführt. Hier wird sich die indische Spruchweisheit: „Auch fünfzig Elefanten fressen nicht mehr Fleisch als einer“ voll bewahrheiten.

Die inländischen Proteste gegen die ekelerregende Behandlung dieser Frage wurden bisher kaum zur Kenntnis genommen. Das entrüstete Echo des Auslands wurde den Bundesbürgern vorenthalten, wie es mit vielen der Nachrichten geschieht, die nicht in die Landschaft der oppositionslosen bundesrepublikanischen Politik passen.

Nun liegt es bei uns, den Jungen, nicht Ruhe zu geben. Wir sollten immer wieder zeigen, daß wir nicht gewillt sind, mit den Kaduks zu leben. Und wir sollten bei der Wahl die Quittung für solches Verhalten erteilen. Wir müssen Kandidaten wählen, die uns eine neue, anständigere Politik garantieren. Wir müssen „Gretchenfragen“ stellen!

FRAGESTUNDE = ursprünglich parlamentarische Einrichtung, die der Opposition die Chance gibt, der Regierung mit gezielten Fragen zuzusetzen. Setzt natürlich das Vorhandensein einer Opposition voraus.

Frage-Stunde

FRAGESTUNDE im elan = Möglichkeit für alle Leser, Fragen aller Art an die Redaktion zu richten. elan wird sich bemühen, zur Beantwortung von Sachfragen auch Sachkenner zu Wort kommen zu lassen.

Antwort: Das Ostermarsch-Emblem wurde von der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament“ (CND) = „Kampagne für atomare

Abrüstung“ übernommen. Es stellt die Buchstaben N und D aus dem internationalen Signal-Alphabet dar.

Der kleine Bierkrieg

FRAGE: In welcher Stadt wird das meiste Bier gebraut? In München oder in Dortmund?

A. Scheidl, Nürnberg

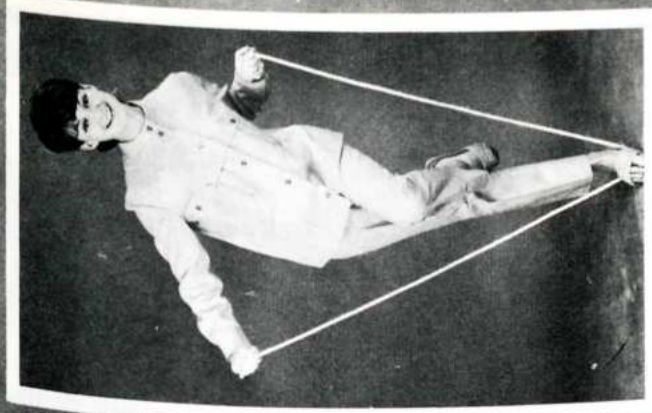
Antwort: Im Jahre 1963 betrug der Bierausstoß der Münchener Brauereien insgesamt etwa 2,8 Millionen Hektoliter. In der gleichen Zeit verkauften ihre Dortmunder Konkurrenten mehr als das Doppelte, nämlich ca. 6,6 Millionen Hektoliter der begehrten Flüssigkeit. Diese auf den ersten Blick erstaunlichen Zahlen werden verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß die „elan“-Redaktion ihren Sitz in Dortmund hat. Ein Alco-Test im Redaktionskollegium ergab, daß außer einer Grapefruit-Saft-Vertilgerin und einem Tee-Fan alle auf den Dortmunder Gerstensaft eingeschworen sind.



elan Zeitung für internationale Jugendbegegnung

HERAUSGEBER: Pfarrer W. Heintzeler, Bernhard Jendrejewski, Arno K. Reinfrank — **VERLEGER:** Karl Heinz Schröder — **CHEF-REDAKTEUR:** Karl Friedrich Hübsche — **CHEF VOM DIENST:** Karl-H. Reichel — **Verantwortlicher REDAKTEUR:** Rolf J. Priemer — **REDAKTION:** 46 Dortmund, Kuckelke 20, Tel. 57 20 10 — **ERSCHEINT** in der Weltkreisverlags-GmbH., 6104 Jugenheim/Bergstraße, Jahnstr. 16, Postscheck-Kto. Ffm 20 32 90 — **FRANKFURTER BÜRO:** 6 Frankfurt/M., Rob.-Mayer-Str. 50 — **DRUCK:** U. J. Lahrssen, Hamburg — **LESERBRIEFE:** erwünscht — Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion — **Einzelpreis:** 50 Pf — **Jahres-Abonnement:** DM 5,- + DM 2,- Zustgb.

Sommer der langen Hosen



Zu Zeiten unserer Großmütter waren lange Hosen für die Vertreter des weiblichen Geschlechts unvorstellbar. Heute ist dieses typisch männliche Bekleidungsstück auch für junge Damen unentbehrlich geworden, besonders für Sport, Urlaub und Freizeit.

Bequem heißt die Devise. In Anzügen wie diesen kann man ruhig auf dem Hosenboden sitzen oder Sport betreiben. Ziernähte, aufgesetzte Taschen, Stehbördchen oder gestreifte Ober-
teile geben jedem Anzug eine spezielle Note. Sie sind in allen modischen Farben erhältlich für ca. 58,- bis 75,- DM. Modelle: (Helanca)

Und für diejenigen, die etwas Ausgefallenes bevorzugen, werden Hosenröcke angeboten. (Modell: cottonova)

SCHWIMMER GERHARD HETZ

Der bekannte Sportstar schreibt regelmäßig an dieser Stelle für die e l a n - Leser. Hier sein Beitrag.



„Können Sie mir erklären, warum die heutige Jugend so wenig Respekt vor dem Alter hat?“ Diese Frage stellte mir kürzlich ein älterer Herr. „Vielleicht liegt es daran, daß die Erwachsenen diesen Respekt selbst zerstört haben“, antwortete ich ihm. Er wollte natürlich wissen, wie ich das gemeint habe. Ich sagte ihm, daß man vor solchen Erwachsenen, die damals nach Kanonen statt nach Butter riefen, keinen richtigen Respekt haben könne. Mit der Antwort, ich könne das nicht beurteilen und das sei nicht so gewesen, ging er fort.

Er macht es sich leicht, wie manch anderer seiner Generation. Natürlich war die heutige Jugend damals zum Teil noch nicht einmal geboren. Es wurde ihr somit erspart, dies alles „mitzumachen“. Sie will sich aber trotzdem über den Nationalsozialismus informieren. Wenn nun ein Großteil der älteren Generation, wie auch der oben erwähnte Herr, vor diesem Thema kneift, so bleibt der Jugend nichts anderes übrig, als Informationsmaterial wie Bücher, Zeitschriften und Dokumentarfilme zu inhalieren, um sich so eine eigene Meinung zu bilden. Besonders aus den Dokumentarfilmen geht aber ganz klar hervor, daß man damals wirklich nach Kanonen und nicht nach Butter schrie. Ich weiß, das klingt alles banal. Die damaligen Umstände waren daran schuld. Die Arbeitslosigkeit und so vieles mehr. Aber trotzdem, wie kann man nach Kanonen rufen?

Ich wurde einmal ausgelacht, als ich erklärte, daß ich damals, wenn ich bei uns diese Kriegspsychose miterlebt hätte, jede Gelegenheit benutzt hätte, um ins neutrale Ausland zu kommen. Kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges haben et-

liche die Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen. Die meisten gingen in die Schweiz oder nach Schweden. Doch konnte man das auch nur noch mit einem einwandfreien Stammbaum. Überhaupt die Judenverfolgungen, sie tragen auch nicht gerade dazu bei, den Respekt vor dem Alter zu vergrößern. Doch sehe ich ein, daß die große Masse erst am Ende des Krieges, als es schon zu spät war, davon Kenntnis bekam. Aber, daß Hitler und seine verbrecherischen Vertrauten die Millionen von Juden allein ermordet haben, nehme ich den Älteren nicht ab. Heute kann sich seltsamerweise keiner mehr erinnern.

Was soll das Ganze? Es soll einmal mehr den Älteren aufzeigen, was für ein schweres Erbe sie der Jugend überlassen haben. Ein Erbe, das nicht so schnell vergessen wird und vergessen werden darf.

Es gibt eine Kölner Geschichte aus den ersten Nachkriegsjahren, über die es sich lohnt, einmal nachzudenken. Ein großer Teil von Köln war durch die Bombenangriffe in Schutt und Asche gelegt worden. Es war die Zeit, in der die Amerikaner die Kölner Bürger aufforderten, einen neuen Stadtrat zu wählen. In einem nicht beschädigten Haus in der Innenstadt kamen nun alle Männer, die sich für das Amt geeignet fühlten, zu dieser Wahl zusammen. Auch eine Frau wollte gewählt werden. Hier riefen die Herren entrüstet: „Was, eine Frau!? Die Frauen haben ja gar keine Ahnung von Politik!“ Die Frau ging wortlos an ein Fenster, öffnete es, zeigte mit der Hand auf das Trümmermeer und sagte dann: „Das hier, meine Herren, hätten wir Frauen letzten Endes auch noch fertiggebracht!“



Alle Fotos: Horstmüller



elan sprach mit Paul Schmidt, dem erfolgreichsten 800 m-Läufer der Bundesrepublik über die Situation im Schulsport.

TALENTE FALLEN NICHT VOM HIMMEL



Paul Schmidt, der Ende der vergangenen Saison, mit 33 Jahren, seine aktive Laufbahn beendete, war der bisher erfolgreichste 800-m-Läufer der Bundesrepublik. Sechsfacher Deutscher Meister, Olympiavierter von Rom 1960, Dritter der Europameisterschaften 1962 in Belgrad und Inhaber des Deutschen Rekordes über diese Distanz, hat der Westfale beim Landkreisamt Siegen (Jugendamt) seit zwei Jahren ein Tätigkeitsfeld in der Betreuung der Sportvereine, der Durchführung von Musterübungsstunden, als Leiter einer Sportarbeitsgemeinschaft mit Volksschullehrern und als Berater beim Sportstättenbau gefunden. Außerdem ist Paul Schmidt ehrenamtlich als Verbandstrainer des Deutschen Leichtathletik-Verbandes für die Spitzenklasse der 800- und 1500-m-Läufer verantwortlich.

elan: Willi Daume hat in einer Botschaft zum Jahreswechsel 1963/64 mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß in bezug auf den Schulsport nach ermutigendem Beginn Fortschritte in der Praxis nicht mehr nennenswert und jetzt sogar rückläufige Tendenzen erkennbar seien. Können Sie diese Einschätzung unseres NOK- und DSB-Präsidenten aufgrund Ihrer Erfahrungen bestätigen?

Paul Schmidt: Die Situation im Schulsport ist in verschiedenen Städten und Landkreisen höchst unterschiedlich. Es gibt Schulen, an denen die Forderung nach drei Wochenstunden Leibeserziehung erfüllt wird, die auch von den Sportanlagen her die Voraussetzungen für einen guten Sportunterricht mitbringen. An vielen anderen Schulen fehlen solche Voraussetzungen, vor allem in bezug auf die Sportlehrer. Ich erteile an einer Realschule in Siegen, die über eine Turnhalle und sogar ein Lehrschwimmbassin verfügt, nebenberuflich Sportunterricht, weil durch den Mangel an Sportlehrern die guten Möglichkeiten gar nicht genutzt werden können. Ich muß jeweils zwei Klassen mit 40–50 Kindern zusammenfassen, und dadurch ist der Übungseffekt äußerst gering. Auch an einem Gymnasium in unserem Kreis kann der Plan von vier Pflichtsportstunden pro Woche nicht eingehalten werden, weil die dazu notwendigen Leibeserzieher fehlen.

elan: Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Versäumnisse auf dem Gebiet des Schulsports?

Paul Schmidt: Vor allem die Sportlehrer-Ausbildung ist ungenügend. Von den Kultusministerien der Länder, die dafür zuständig sind, müßte dieser dringlichen Aufgabe viel mehr Bedeutung beigemessen werden. Es gibt eine allgemeine Fachlehrer-Ausbildung, die ein Jahr dauert. Das ist

vielleicht zu wenig, um ausreichende pädagogische Erfahrungen vermitteln zu können. Diese Sportlehrer sind den anderen Lehrern nicht gleichgestellt, und aus dieser beruflichen Unsicherheit heraus erklärt sich auch, warum der Kreis derjenigen, die den Weg des Sportlehrers einschlagen, nicht größer ist.

elan: Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Schulsport und dem „Goldenen Plan“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft?

Paul Schmidt: Der „Goldene Plan“ berücksichtigt die Belange der Schulen bezüglich des Sportstättenbaus. Er sieht den Bau von Turnhallen, Sportplätzen und Lehrschwimmbassins vor. Die Erfüllung des „Goldenen Planes“ schafft also die Voraussetzungen für einen ordentlichen, zweckentsprechenden Schulsport. Gegenwärtig verfügen viele Schulen noch nicht über eine eigene Turnhalle. Durch lange Anmarschwege zu Sportplätzen oder Turnhallen geht viel von der ohnehin knappen Zeit für die Leibeserziehung verloren.

elan: Sind Sie der Meinung, daß auch der Bund seinen Teil zur Förderung des „Goldenen Planes“ leisten sollte? Halten Sie die bisherige Unterstützung für den Sportstättenbau für ausreichend?

Paul Schmidt: Aus meiner eigenen Erfahrung muß ich sagen: Die meisten Anträge zum Bau von Sportanlagen, die bei uns bearbeitet werden, laufen ohne Bundesmittel. Zumindest sind die Beihilfen vom Bund sehr stark reduziert. Aber in Bonn hat man sich seinerzeit verpflichtet, einen Anteil von 20 Prozent zur Verwirklichung des „Goldenen Planes“ beizusteuern. Diese Zusage ist bis heute nicht eingehalten worden.

elan: Welche Beziehungen bestehen zwischen Schul- und Leistungssport?

Paul Schmidt: Die Schulen müssen der Ausgangspunkt für die Talentsuche sein. Hier ist das Reservoir, aus dem der Leistungssport schöpfen kann. Wer soll sich jedoch um diese Dinge kümmern? Die meisten Fachverbände verfügen nur über ehrenamtliche Trainer und Mitarbeiter, die mit der Aufgabe, die Spitzensportler zu betreuen, bereits voll ausgelastet sind. Talente sind ausreichend vorhanden, das sehe ich in meiner Tätigkeit immer wieder. Aber es fehlt an Kräften, die sich ihrer annehmen.

Sehen Sie, da sind zum Beispiel die Bundesjugendspiele, eine gute Sache. Aber die Resultate dieser Wettkämpfe werden nicht genügend ausgewertet. Und gerade hier ließe sich manches Talent aufspüren, da die Leistungen ja ohne spezielles Training erzielt werden und so eine natürliche Begabung für diese oder jene Sportart und Disziplin sichtbar wird. Hier müßte zum Beispiel angesetzt werden.

Wir haben bei uns in Siegen ein Experiment gemacht, das Erfolg verspricht: 14- bis 16-jährige Jungen, die Talent zum Turnen mitbringen, sind in einer Gruppe zusammengefaßt worden, die von einem qualifizierten Turnlehrer trainiert wird. Unser Ziel ist es, das Können dieser 15 Jungen so zu verbessern, daß sie eines Tages vom Deutschen Turnerbund weiter gefördert werden können. Solche Lehrgänge habe ich auch mit veranlagten Jungen auf dem Gebiet der Leichtathletik begonnen. Aber das alles sind, wie gesagt, noch einzelne Beispiele. Im allgemeinen fehlt es bei uns noch an einer systematischen, gesteuerten Talentsuche und -entwicklung, von der der Leistungssport den größten Nutzen hätte.

Max von der Grün war in amerikanischer Gefangenschaft. Dort erlebte er das Ende des II. Weltkrieges. Hier sein Bericht aus jenen Tagen.



Foto: elan

WENN SIE MICH FRAGEN...

Ich kann es oft nicht fassen, daß seit Beendigung des Krieges schon zwanzig Jahre vergangen sind. Mir selbst stehen die Bilder des Tages von damals noch so lebendig vor Augen, wenn sie mit dem Krieg an sich auch nichts mehr zu tun hatten.

Wir alle spürten am Morgen des 9. Mai 1945, daß etwas los war. Die Arbeitskommandos im Kriegsgefangenenlager Monroe im US-Staat Louisiana wurden nicht, wie üblich, morgens um sieben Uhr an das Tor gerufen, wo die Farmer mit ihren Sattelschleppern standen, uns abzuholen. Wir schlenderten in Gruppen und Grüppchen über den Sportplatz und rätselten, was wohl los sein mochte, denn jede Abweichung vom POW-Alltag versprach Änderung. Endlich, um 8 Uhr, wurden wir zur Zählung gerufen, wir stellten uns im offenen Viereck auf, wie die vierhundert Tage vorher auch, es wurde gezählt, wie die Tage vorher auch, aber dann kam durch das Tor nicht der amerikanische Feldwebel, wie es üblich war, um Meldung und Zählsergebnis entgegenzunehmen; es kam der amerikanische Lagerkommandant höchst persönlich – Captain Henley – mit drei Offizieren, er nahm die Meldung des deutschen Lagerleiters entgegen, dann postierte er sich vor der Front und sagte laut: „The war is finish.“

So viel englisch verstand mittlerweile jeder deutsche Kriegsgefangene, daß er keinen Dolmetscher brauchte. Ich weiß noch genau, daß wir alle stumm standen, den Offizier in seiner Khaki-Uniform anstarrten – es war ein heißer Tag – und dem Dolmetscher zuhörten, der die kurze und an sich belanglose Ansprache des Amerikaners übersetzte. Zum Schluß sagte der Captain in zerquältem Deutsch: Der Krieg ist aus! Ihr nach Hause! Deutschland!

Und da geschah, für unsere damalige Situation ungeheuerlich, etwas, das die 350 Kriegsgefangenen noch für eine Minute an ihre Plätze bannte. Einer rief ganz laut neben mir: Gott sei Dank! Der Krieg ist aus! Dieser Scheißkrieg! Hurra, wir haben verloren!

Keiner sagte etwas dagegen, keiner etwas dafür. Wir standen stumm und irgendwie verschreckt. Einer hatte gewagt, laut und für jedermann vernnehmbar das auszusprechen, was man sich im Lager unter vier Augen längst zugeflüstert hatte: Wenn nur dieser verdammte Krieg bald zu Ende wäre. Und uns allen war klar, daß wir mit Ende zugleich Niederlage meinten – so selbstverständlich war das schon. Aber einer hatte es laut gesagt. Und das war damals viel; wir waren nicht gewohnt, daß etwas laut gesagt werden kann, das nicht in das offizielle Bild hineinpaßte.

Diesen Mann, heute ist er Oberstudiendirektor eines Gymnasiums in Oberhessen, besuchte ich vor vier Wochen, mein Weg führte mich da vorbei, und wie es so ist, wenn man sich nach zwanzig Jahren wiedertrifft, spricht man erst einmal von der Zeit, die gemeinsam durchlebt wurde. Es war erstaunlich: Er konnte sich an seine Worte von damals nicht mehr erinnern und er fragte mich mehrmals, ob das auch wahr

wäre. Verstört hat mich, was seine Frau dazu sagte: Heute würde Rudi so etwas nicht mehr sagen. Auf meine Frage warum, meinte sie: Er ist nun zwanzig Jahre älter geworden und über Jugendtorheiten hinausgewachsen.

Als ich am anderen Morgen, der Freund war mir fremd geworden, weiterfuhr, gab mir das, was die Frau sagte, zu denken. Er ist älter geworden und über Jugendtorheiten hinaus, sagte sie, aber ist es nicht doch so, daß er satt geworden ist und auf Grund seines Sattseins nicht mehr gegen den Stachel locken kann? Daß er alles mit sich geschehen läßt, was eine offizielle Politik ihm zu tun empfiehlt und für allein richtig hält. Wie sich doch die Menschen ändern.

Später sagte ich mir, ich hätte ihn nicht besuchen sollen, damit sein Bild in mir unzerstört weiter lebt – ich glaubte lange, er sei der erste Demokrat gewesen, der mir begegnet war. Aber es war vielleicht doch gut, denn an diesem Mann – heute erzieht er Kinder und hat, staatsbürgerlich gesehen, auf sie Einfluß – sah ich, wie sich Zeit und Menschen wandeln.

Wir sprechen ja so gerne von Zusammenbruch, wenn wir das Ende des Krieges meinen. Aber was ist nun wirklich zusammengebrochen? Das deutsche Volk? Der Glaube an das großdeutsche Sendungsbewußtsein? Ich halte das Kriegsende nicht für einen Zusammenbruch, ich bin der Ansicht, daß der 8. Mai 1945 eine Befreiung war. Befreiung von der Tyrannei, von Rassenwahn, Eroberungssucht, Betreibung von Mordgesellen und systematischer Ausrottungspolitik, Befreiung von der Ideologie des Herrenmenschen. Kurzum: Befreiung von der Unmenschlichkeit. Die Deutschen haben einen Krieg verloren, und nicht, wie Bundeskanzler Ehrhard im Fernsehen sagte, einen „unseligen“, sondern einen verbrecherischen.

Es graust mir, wenn ich heute den deutschen Zeitungswald durchblättere und die Stellungnahmen zum 20. Jahrestag herauspicke, etwa in „Wehrkunde“ lese, dieser Krieg war eine „gewaltige Symphonie, wenn auch eine Unvollendete. Eine mit einem machtvollen ersten Satz, in dem bereits, wie in Beethovens Fünfter, das Schicksal mit ehernem Knöchel an die Pforte klopfte. Und war nicht das Largo des zweiten Satzes, als wir den Stellungskrieg am Westwall bezeichnen möchten, von überwältigender Ruhe und Süße? Brach nicht die Coda dann im letzten Satz mit um so unverminderter Härte und Einmaligkeit herein? Kein Furtwängler hätte die musikalischen Akzente besser setzen können, als sie ein Rommel vor Tripolis und Marsa Matruk pointierte ...“

Es lohnt sich, diesen Absatz noch einmal zu lesen und besonders die Worte: Symphonie, ehernem Knöchel, Ruhe und Süße, Einmaligkeit, musikalische Akzente. Ich glaubte bislang, solcher Stil und solche Schwulstigkeit wären nur von 1933–1945 möglich gewesen. Mir graust, wenn ich daran denke, hätte der Verfasser über Treblinka, Auschwitz oder Buchenwald geschrieben. Welche

Symphonie Beethovens hätte er da wohl zum Vergleich herangezogen? Leute, Leute! Wehret den Anfängen! Mit der Sprache fängt es an. Oder wenn man die „National-Zeitung“ liest, wo doch davon die Rede ist, daß „Himmler, Reichsführer SS, den Amerikanern Waffenruhe anbot, um gemeinsam gegen die Roten zu marschieren, und Himmler wollte dann sogar vergessen, daß es ein Würzburg und Dresden gab – aber auch Rotterdam und Dachau. Aber dieser Eisenhower hatte hochfährig abgeschlagen.“ Ja, Leute, die „National-Zeitung“ verstand und versteht die Welt nicht mehr – wie konnten die Amerikaner das tun? Rainer Barzel sprach, in einem Fernsehinterview auf die 20. Wiederkehr des Krieges angesprochen, die Bundesregierung habe nicht die Absicht, „bombastische“ Gedenkfeiern abzuhalten. Nun, kein Mensch hat bombastische Feiern gefordert, aber ich glaube doch, wenn man im Bundestag Bismarcks 150. Geburtstag gedenkt, sollte man auch des Tages gedenken, wo vor 20 Jahren die Ansätze einer Demokratie gelegt wurden. Oder hält man so wenig von unserer Demokratie? Das kann doch wohl nicht wahr sein, wo wir doch das freiheitlichste Grundgesetz, laut Höcherl, haben. Und wenn ich dann dem „Der Pilger“ in Speyer entnehme: „Was wissen denn schon diese hämischen Kritiker von heute, meistens junge, unerfahrene Menschen, davon, in welch grausamen Zwiespalt das Episkopat damals steckte? ... wie bitter schwer es unserinem oft fallen mußte, vor einem ehebrecherischen braunen Kreisleiter den Arm zu heben? ... und doch: hat dies Ausharren nicht Gottes Segen gefunden für und für. Haben die Bösen nicht den Krieg verloren? Und ist ihnen nicht Strafe auferlegt worden und Buße in reichem Maße?“ Diese Sprache kommt mir bekannt vor. Es gibt nun mal Menschen, die in allen politischen Systemen bei ihrer Sprache bleiben, sie auch nuanciert anpassen können, daß sie bei allem Wortreichtum nichts sagen und immer dasselbe meinen, wie die Katze, die immer, wie man sie auch wirft, auf die Pfoten fällt.

Das beunruhigt mich, das beunruhigt meinen Glauben an das Recht, das beunruhigt meinen Glauben an das, was der „Pilger“ mit dem Bösen meint, von Buße und gar von hämischen Kritikern sörcht, von diesen jungen Leuten, unerfahren und noch grün hinter den Ohren. Sind diese jungen Leute – zu denen immerhin ernsthafte Schriftsteller gehören – in ihren Augen deshalb „hämisch“, weil sie nicht vor einem ehebrecherischen braunen Kreisleiter den Arm hoben? Mich beunruhigt eine Tatsache, durchforste ich den deutschen Blätterwald: Wie sich doch so oft die Bilder gleichen. Mit der Sprache fängt es an!

Eines jedenfalls steht fest: Wir wollen keine „bombastischen“ Feiern nach Barzels Vorstellungen haben, gebombastet wurde weiß Gott genug, aber wir haben die Pflicht, an solchen Tagen dem Volk und erst recht unseren Kindern zu sagen, was es mit diesem 8. Mai auf sich hat – fernab aller „Symphonie“ des Krie-

Notizen aus dem Londoner Alltag:

Unter Regenschirm und Melone

von Arno K. Reinfrank

Ich befand mich eines abends in einer Nachtbar in der Nähe des Piccadilly-Circus, wo zwei afrikanische Herren sich darüber unterhielten, wie man Papa kochte. Sie tauschten die verschiedenartigsten Rezepte aus, wobei sie mit der Zunge schnalzten. Einer der jungen Leute erklärte mir dann aber zu meiner Erleichterung: „Papa ist eine Frucht, die wie eine Birne aussieht, aber ein Gemüse ist ...“

Ein Pianist, gegen den jeder mit der Tür stoßen mußte, wenn er herein kam, und ein Trommler zauberte ein Gemisch von afrikanischen Rhythmen und Barmusik aus ihren Instrumenten. Früher hatte so ein stämmiger Mann dreizehn Goldpfund auf Lebenszeiten gekostet. Heute verdienen die Jungen auf ihren westindischen Heimat-Inseln Jamaica oder Trinidad immer noch wenig genug, um vorzuziehen, in das kalte London zu kommen. Ich hörte ihren Calypsos zu. Auch ein nicht sehr schmeichelndes Spottlied auf Hitler war darunter.

Inzwischen verließ ein steinalter Karib das blonde Barmädchen und wankte zu mir her. Er hatte ein patriarchalisches zerfurchtes Gesicht und einen unverglichenen Kranz eisengrauer Löckchen um sein glänzend bares Haupt.

„Sie sprechen deutsch, mein Junke!“ fragte er mich mit einer vom Trinidad heiseren Stimme. Er sprach ein fast akzentfreies Deutsch, denn sein Vater kam um die Jahrhundertwende nach Baden-Baden und schickte den Sohn dort zur Schule. Was er mir erzählte, hätte einem Kaiser-Wilhelm-Patrioten alle Ehre gemacht. Er trank stolz lächelnd sein Glas Bier aus und fragte mich sofort danach, ob ich ihm nicht ein Pfund pumpen könnte. Ich hatte leider keins. „Vergessen!“ schrie der Heisere und schüttelte mir zum Zeichen seiner manierlichen Erziehung fest die Hand.

Er rief das Barmädchen her und warf sich in Positur. „Weißt du, von welchem Dichter das ist, juncker Mann!“ fragte er und begann dem Mädchen zugewendet zu rezitieren:

„Du bist wie eine Blume,
so hold, so schön, so rein.
Ich schau dich an und Wehmut
schleicht mir ins Herz hinein.“

Das Mädchen verstand natürlich kein Wort davon, aber der Klang der Verse blieb selbst ihr nicht verborgen. Ich wußte schon lange, daß man in London alles haben kann. Sogar einen karibischen Neger, der Heinrich Heine auswendig rezitierten konnte ...

ges.
Wehret den Anfängen! kann man nicht oft und nicht laut genug sagen, wehret denen, die den 8. Mai als deutsche Katastrophe zeichnen wollen mit Weltuntergang. Wie der 8. Mai auch der Beginn der deutschen Spaltung wurde, so legte er doch schon die Wurzeln zu einem demokratischen Staatsgefüge – und das ist mehr als der Zusammenbruch einer Weltherrschaftsphilosophie.



007 DER HELD DER WESTLICHEN WELT



Schon steht Sowjetspion Goldfinger mit seinen kriminellen Hilfstruppen vor den Toren von Fort Knox, um den amerikanischen Goldschatz zu klauen, – händeringend bangen die Bosse der Großindustrie um den Bestand der französischen Republik, denn Rotland-Agent Le Chiffre, der 1945 aus dem KZ Dachau befreit wurde und sich als Bordellwirt ein illegales Taschengeld nebenher verdient, will die Gewerkschaften zum Umsturz hetzen, um le grande Nation zur sowjetischen Unionsrepublik zu machen, – Old-England gar wird von Truthahnpest, Hungersnot und atomarer Erpressung durch die bösen, bösen Russen bedroht, –

und ein Angstschrei steigt aus dunklen Kinosälen und aus von trauten Leselampen beschienenen Betten: Himmel hilf, sonst residiert morgen der Breschnew in Washington, und Queen Elizabeth muß in Sibirien Neuland roden.

007 greift ein

Jetzt endlich schlägt die Stunde, da M, das Geheimdienst-As Ihrer Majestät der Königin von England zum roten Telefon greift und sich den 007 kommen läßt, der eigentlich James Bond heißt. Wenn einer die freie Welt noch vor Hunger, Pest und Bolschewiken retten kann, dann 007 („Eine Nummer mit zwei Nullen bedeutet bei uns im Service, daß man bei Ausführung eines Auftrages kaltblütig auch einen Menschen umlegen muß.“)

007 ist ein Totmacher von hohen Graden. Sein Gesellenstück war so ein Gelber, ein Japaner, „eine ziemlich einwandfreie Angelegenheit, außerdem mühelos und sauber, dreihundert Meter Entfernung dazwischen, ohne persönlichen Kontakt ...“ Das gleiche Rezept übrigens, nach dem John F. Kennedy in der Elmstreet von Dallas „erledigt“ wurde: Repetiergewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer, „mühelos und sauber, dreihundert Meter Entfernung dazwischen, ohne persönlichen Kontakt ...“

007 also verstaubt die Beretta im Halfter und greift ein.

Tiefschlag gegen die Doppelnull

Aber noch hat die Furcht kein Ende. Schlitzäugige Japaner, mordlustige Slawen, heimtückische Juden, gewalttätige Nigger, kurz, alles, was Untermensch heißt und für festen Sold oder auf Honorarbasis für die Sowjets spioniert, unterminiert, raubt, mordet und streikt, nimmt Kurs auf den Mann mit der Doppelnull.

Besonders angetan hat es diesem Gelichter jenes Glied an Bonds sportgestähltem Korpus, das ihn zum James und nicht zur Viktoria oder Mary werden ließ. Diesem Attribut der Männlichkeit gelten Tiefangriffe mittels Teppichklopfer, Laser- und Schwefelschwammstrahl. Bond übersteht es; und jetzt geht es ans Aufräumen; er zahlt es den Roten heim, die an elektrisch aufgeladenen Stahlgittern verschmoren, von Haifischen gefressen oder von Bonds Schießbeisen durchsiebt werden. Der Superman vom Secret Service verschmäht weder Dolch noch Gas, weder Granate noch Handkante, er tötet gekonnt, wie man es in G-man-Schulen, Zuchthäusern und Kasernen lernen kann.

Sieg im Abonnement

Der freie Westen ist wieder mal gerettet, 007 und der NATO sei Dank, denn auch selbige tritt dem Bond in brenzligen Situationen in Gestalt von OAS- oder CIA-Agenten hilfreich zur Seite. Beruhigt darf sich der Leser in die Kissen betten und im Geiste noch einmal Bonds Siege an allen Geheimdienstfronten und in diversen Lagen nachgenießen. Auch auf horizontaler Ebene ist Bond ein Kämpfer ohne Pardon. Ihn sehen und umfallen ist allen gemeinsam: Braven Haustöchtern, ausgekochten Sowjet-Agentinnen, Gangsterbräutchen und selbst Töchtern von Lesbos. Er vernascht sie schneller als ein Schnupfengeplagter ein Päckchen Tempotaschentücher. Allerdings beginnt sein Interesse erst unterhalb der Gürtellinie; er schätzt „eine Frau, die eine Sauce Bearnaise zubereiten und genauso gut lieben kann.“ Ihn ärgern Frauen, die nicht nur Bettspiellinnen sein wollen: „Die geschwätzigen Weiber, die glaubten, die Arbeit eines Mannes tun zu können. Warum konnten sie nicht zu Hause bleiben und sich um ihre Töpfe und Pfannen kümmern?“

Eine Leiche und zu wenig Toast

Der vom Autor zum Junggesellendasein verdamnte Bond weiß natürlich auch die Gaumenfreuden des Daseins zu schätzen. Doch ach, selbst ein simples Mittagmahl ist nicht ohne Hürden

DER BOND TEST

**Jürgen
Gläser**

Klaus
Wendeler

Volker Steffen

Wolfgang
Bremer

**Siegfried
Hampel**

Wolfgang
Kolakowski

„Das kommt bei den Jungen meiner Schule nicht sehr an. Sehen Sie, bei denen entscheidet doch, was jeder leistet. Und darüber können sie sich selbst ein Urteil erlauben, denn wenn einer im Handwerk etwas darstellen will, dann muß er Leistung zeigen. Die Jungen stehen mit beiden Beinen auf der Erde.“ Womit Direktor Voßhagen zweifellos recht hat. Aber: Die Hauptkritik der Jungen an Bond lautet „ziemlich übertrieben“. Ihnen ist nicht bewußt geworden, welch gefährlicher Rassendünkel und Völkerhaß in diesen Streifen „gepflegt“ und wie kalter Krieg auf der Leinwand gemacht wird. Und das unterstreicht die Gefährlichkeit solcher Machwerke, die unter der Tarnkappe des Thrillers angeboten werden.



007 DER HELD DER WESTLICHEN WELT

Das ist Bond, wie er lebt und lebt. Aber eben hier wird es für Autor Jan Fleming, die NATO und die freie Welt problematisch. Weil diese Idealmischung zwischen Tarzan und Ritterkreuzträger Rudel, Edelgermane und KZ-Wächter Kaduk, Superman und Dr. Serge leider, leider ein Papiertiger, ein Phantom ist, nicht imstande, Fort Knox, die Queen und die freie Welt vor rotem Zugriff zu schützen. Neues Grauen würde den Kinogänger packen, fielen ihm nicht rechtzeitig die kernigen Wochenschausprüche ein: Die NATO hoch, die Reihen fest geschlossen. Und US-Lederjacks in Vietnam, Negerjäger von Selma mit und ohne Sheriffstern, Hitlers 5-nach-12-Generale marschieren im Geiste mit. Den Erfinder dieser Art Literatur, die inzwischen diverse Plagiatoren fand, deckt inzwischen der kühle Rasen Schottlands. Sein literarisches

Schundliteratur? Was unter der Tarnkappe des Thrillers geboten wird, ist das gefährliche Gift der psychologischen Kriegsmobilmachung, die logische Fortsetzung jener Politik, die sich nach wie vor darauf einrichtet, daß die Schlachten der Zukunft nicht in den Schulen, Hörsälen und Laboratorien, sondern auf dem Schlachtfeld geschlagen werden. Was uns hier fäusteschwingend im Smoking des Supermans entgegenkommt, das ist das Idealbild eines hirn- und morallosen Killers, der heute Napalmbomben auf Vietnam und morgen A-Bomben auf Warschau und Moskau wirft.

Karl-Hubert Reichel



Algerische Streiflichter



Von Stefan Goldberg, z. Z. Algier

Eukalyptushaine und Agaven säumen die Straße zum Gut „La Trappe“, wo früher König Borgeaud regierte. Unser Jeep hält vor einem hohen Steinportal, das von einer Statue des Heiligen Thomas von Aquino gekrönt wird. Die lateinische Inschrift „Alles gehört Gott“ trägt.

Denn hier gehörte einst alles den Borgeauds. Henri, der Clan-Älteste, war einer der mächtigsten und reichsten französischen Siedler.

Quali Djillali erzählt: „Wer damals das Gut betreten wollte, brauchte einen Passierschein, der den Stempel Henri Borgeauds tragen mußte.“

HENRI HATTE EINE ARMEE

„Borgeaud hatte eine eigene Polizei. Seine Privatarmee war 1000 Mann stark. Sehen Sie diesen herrlichen Badestrand? Fünf Kilometer ist er

lang. Für Algerier war er tabu. Nur der Patron und seine Familie durften hier baden. Dort drüben war einmal ein Dorf. Da befahl der Herr: Hier wird ein Hundezwinger für 300 Tiere gebaut. Das Dorf mußte verschwinden. Es war in der Zeit, als es für uns kein Recht gab. Borgeaud hatte ein eigenes Gericht. Er sprach Recht, wie es ihm gefiel.“

QUALI DJILLALI WIRD DIREKTOR

Quali Djillali, ein unersetzter Mann in mittleren Jahren, ist heute Direktor des Volksgutes. Das Gut heißt nicht mehr „La Trappe“ sondern „Bouachaoui“, nach dem algerischen Volkshelden Amar Bouchaoui, der in dieser Gegend geboren wurde.

An die Stelle des „Patron“ ist ein neunköpfiges Komitee getreten, an dessen Spitze Quali Djillali steht. In jedem Jahr wählen die 580 Arbeiter ein neues Komitee.

Das wichtigste Produkt des Gutes blieb der Wein. 25 000 Liter liefert es allmonatlich an den staatlichen Handel. Aber auch Kartoffeln, Tomaten und Zitronen gehören zu den Erzeugnissen. Für europäische Be-

griffe ist die Armut noch sehr groß. Und doch: Es gibt inzwischen eine Schule und eine Poliklinik, es gibt Mindestlöhne, und die Einkünfte liegen zehn Prozent über denen des Vorjahres. Fortschritte, auf die man sehr stolz ist.

Die Selbstverwaltung, wie sie auf dem Volksgut Bouchaoui praktiziert wird, ist für Algerien ein großes Experiment, das bis jetzt gute Ergebnisse brachte.

Die Regierung hilft, soweit es in ihren Kräften steht, mit Maschinen, Fachleuten und Krediten.

In der Industrie stehen fast 500 Betriebe unter Selbstverwaltung; in der Landwirtschaft sind es drei Millionen Hektar, d. h. ein Viertel des urbar gemachten Bodens.

MIT BRETERN VERNAGELT

Ich unterhielt mich mit einem jungen Funktionär der FLN über dieses Thema. Wir saßen in einem Café in Algier, direkt gegenüber von einem jener großen französischen Warenhäuser, deren Besitzer Schaufenster und Türen mit Brettern vernageln ließen und nach Frankreich gingen. „Unsere neuen Leiter und Direktoren

machen viele Fehler. Aber sie sind ehrlich und mit Begeisterung bei der Sache. Woher sollten wir die Fachleute nehmen, als die französischen Ingenieure und Experten in Scharen das Land verließen? Wir mußten Erfahrung durch Begeisterung wettmachen. Sehen Sie sich aufmerksam um: Algerien heute, das ist ein Land, das lernt.“

DIE FLUCHT DER EXPERTEN

Ich erinnerte mich bei seinen Worten der Zahlen, die ich gelesen hatte: 800 000 französische Ingenieure, Ärzte, Verwaltungsbeamte und Facharbeiter verließen mit ihren Familien nach dem Vertrag von Evian das Land. Eine Million Hektar fruchtbarer Boden lagen brach, 600 mittelgroße und zehntausende Kleinbetriebe wurden stillgelegt.

„Wir sind eine junge Nation“, sagte mein Gesprächspartner. „Wir sind auch ein junges Volk, denn über 50 Prozent aller Einwohner sind Jugendliche. Mit ihnen werden wir das Fundament für einen lebensfähigen Staat aufbauen. Und der Schlüssel dafür heißt Bildung.“

Auch dieses Selbstvertrauen ist typisch für das junge Algerien.

Wer etwas über die Weltjugendfestspiele in Moskau (1957) und Wien (1959) erfahren möchte, dem empfehlen wir diese beiden Bücher. Bitte beachten Sie unser Sonderangebot!

BESTELLABSCHNITT:

Ich bestelle hiermit

☐ TAGEBUCH EINER SKANDALÖSEN REISE

von Prof. Dr. Leo Weismantel, 304 Seiten, mit vielen Fotos vom Festival in Moskau. EINZELPREIS DM 5,-

☐ DABEI IN MOSKAU UND WIEN

Eine Auswahl der schönsten Fotos vom Moskauer und Wiener Festival. EINZELPREIS DM 5,-

☐ SONDERANGEBOT:

Beide Bücher erhalten Sie jetzt zu einem Sonderpreis von DM 7,-

Name

Wohnort

Straße

Unterschrift

Bestellungen an Weltkreisverlag, 6000 Frankfurt/Main, Robert-Mayer-Straße 50

„Eine durchsichtige Sache: wenn ein Fußreiche Personen in Bonn versuchen, Verbrecher dem Gericht der Menschheit zu entziehen, so, weil sie dabei an sich selbst denken. Hierzu wollte ich im Gedicht das Meine sagen.“ Diese Worte stellt Jewgeni Jewtuschenko, zorniger junger Mann der sowjetischen Lyrik, dem folgenden Gedicht voran. Er wählte für dieses Gedicht die Gestalt des Till Ulenspiegel — „unsterbliches Sinnbild der Liebe zur Freiheit und des Hasses auf ihre Henker. Ich wollte“, so schreibt J. J., „daß Till Ulenspiegels Lied auch heute erklingt, entlarvend wie die Inquisitoren des Mittelalters, so ihre nicht zu Ende bestrafte Nachfolger — die Inquisitoren des 20. Jahrhunderts. Und klingt das Lied Till Ulenspiegels etwa garstig — wie denn anders, dafür ist er ja der Ulenspiegel.“

Jewgeni Jewtuschenko

Solang auf Erden noch die Mörder gehn ...

Ich bin ein Mensch — das ist mein Rang und Orden.
Ich — Wunsch vielleicht, doch vielleicht Wirklichkeit.

Vorzeiten bin ich Till gemafen worden
und blieb mir treu: bin Till in dieser Zeit.

Bin bei der Kirche, heut wie dazumalen,
schlecht angeschrieben, trau dem Herrgott nie,
und unter Frommen — das heißt Unnormalen —
bleib ich normal — ein Ketzer sagen sie.

Für Gnadengelder aus der Kanzlerkase
war nie mein Lied den hohen Herren feil.
Ich war normal: liebte die Freiheit, haßte
den Scheiterhaufen und das Henkerspeil.

Und meine Nele frag ich oft, mein Weibel,
zum Lied der Lerche leis vorm Frühaufstehn:
„Wie kann nur Gott im Himmel ruhig bleiben,
solang auf Erden noch die Mörder gehn?“

Und ging auf Mörderjagd ... Mag Gott auch schlafen,
ich, Till, stand auf. Als Kind einst täubchengut,
war meine Sorge nun: die Mörder strafen
mit meinem roten Lied aus Spot und Wut.

Gerädert wurde ich, verbrannt, gehangen;
ihr, Schuft und Schinder, triumphierter frech, —
doch von der Narrenkappe klirrend sprangen
all eure Tücken ab wie Schellenblech.

An mir blieb euer Schwert und Schmalz verloren,
von eurer Bratpfann blieb ich weißlich weg,
indes vergangner Zeit Inquisitoren
schon braten in der Höll im eignen Speck.

Ich ward gegiften wieder: ausgerottet.
Die Mörder waren Meister ihres Fachs
am Eskorid, in Spaniens Kasematzen,
wie im KZ — so meisterlich erlacht!

Die Todesöfen summten mordbesessen.
An meiner Asche Gas und Feuer fraß.
Doch fahrend mit dem Rauch aus Dachaus Essen
sank ich herab lebendig — fiel ins Gras,
lachte des Todes, dieser alten Hure,

und tanzte wie der Sommerregen, da
im Gras, zu Dudelsack, zur Kirschholzlure,
zu Wind- und Hand- und Mundharmonika.

Und — meinen Brüdern gleich aus Geusen-Zeiten, —
mich mahnend: auch die Henker sind noch hier,
war'n Birken und Kastanien mir zuseiten,
und Vögel sangen auf den Schültern mir.
Denn abzuweiden war mir noch geboten,
verbotten noch, im Straube zu verwehn.

Nicht dürfen in der Erde ruhn die Toten,
solang auf Erden noch die Mörder gehn!
Ich bin ja friedlich Möchte nur: mit Nele
im Heu mich wälzen süß und unbeschränkt,
und über uns des Laubes grüne Säte,
doch daß an jedem Baum — ein Mörder hängt!

Auch ist mir nicht nach Frühlingssblau zur Stunde,
in der noch mancher Krücke dumpfes Poch
mich wamt: die Hüsdler, Folter, Lagerhunde
sind ich-weiß-wo noch frei und mächtig noch.
Sie sind natürlich jetzt um ein paar Jährchen
gealtert, doch — ich alter Geuse weiß:

Verbrechen kann in keiner Zeit verdröhen,
und Blut und Tränen haben keinen Preis.
Ich weiß, warum sich mancher müht behende
und Henker retten will vor dem Gericht, —

stets wächst der Mörder ja des Mörders Hande,
der Beseiwicht spricht frei den Beseiwicht.
Mein Schatten aber wächst vor ihnen Thien
und heischt Vergeltung stumm und wächst und schweig.
indes die Henker heiter Butter schmierern
aufs weiße Brot, das aus den Toten steigt.
Ich kenne keinen Schlaf, im Zornschrift eile
ich hämmend über Pflaster und Asphalt,
ich schwanke stückend durch die Zugabteile,
in den Gestirnen forschend überall,
und suche, suche, niemals müde drohend
in „Straßenkreuzer“ weiß-schon-was zu spähn ...
Dröhnt, Dachaus unheilunkle Orgelrohe,
solang auf Erden noch die Mörder gehn!
Und ihr auch, aus der grauen Asche Grauen,
aus Moor und Moder, ihr müßt aufstehn,
vergaste Greise ihr, erwürgte Frauen, —
auf, laßt uns unsre Winger suchen gehn!
Erhebt euch, arme totequäle Kinder
und zieht euch Richterroben an, ich bitt —
im Namen aller zukünftigen Kinder
sucht die Unmenschen in der Menschen Mitte!

Die Höll ist längst besetzt, doch wie wir sehen,
ist leer noch mancher vorbestellte Platz —
ich sing, damit die Toten aufstehen,
ich führe singend sie auf Mörderhatz!
Im Namen dieser Welt, der Sternenhellen,
der Mütter und der Wiwen — klag ich an ...
Wer ich! Ich, Mann aus Moskau, Mann aus Geldern,
Franzose, Pole, Jude, Jedermann.
Ich bin ein Mensch — das ist mein Rang und Orden.
Ich, Wunsch vielleicht, doch vielleicht Wirklichkeit.
Vorzeiten bin ich Till gemafen worden
und bleib mir treu: bin Till in dieser Zeit,
im Zwanzigsten Jahrhundert, und erbebe
und höre: — jemand schreit und stöhnt im Schmerz.
Je länger ich auf dieser Erde lebe,
desto mehr Asche raschelt durch mein Herz!
(Deutsche Nachdichtung Paul W i e n s)